

„Gleichberechtigung“ oder „Ausverkauf“ ?

Sozioökonomische, -politische und -kulturelle Implikationen der Vereinigung der BRD und der DDR, vor und nach der Wende

Mémoire réalisé par
Stéphanie Carlomagno

Promoteur
Prof. Hubert Roland

Année académique 2016-2017
**Master en communication multilingue,
à finalité spécialisée : langues des affaires**

„Gleichberechtigung“ oder „Ausverkauf“?

Sozioökonomische, -politische und -kulturelle Implikationen der
Vereinigung der BRD und der DDR, vor und nach der Wende

Mémoire réalisé par
Stéphanie Carlomagno

Promoteur
Prof. Hubert Roland

Année académique 2016-2017
**Master en communication multilingue,
à finalité spécialisée : langues des affaires**

An dieser Stelle möchte ich mich bei all denjenigen bedanken, die mich während der Verfassung dieser Magisterarbeit unterstützt haben.

Zuerst geht mein Dank an Herrn Prof. Roland, der meine Arbeit betreut hat. Für seine Begutachtung und konstruktive Kritik bei der Erstellung dieser Arbeit möchte ich mich besonders bedanken.

Mein Dank gilt Stefan für seine Hilfsbereitschaft bei der Sprachkorrektur dieser Arbeit.

Ich danke auch Laurent für den starken emotionalen Rückhalt über die Dauer meines Masters.

Abschließend möchte ich mich bei meinen Eltern Michelle und Nickola bedanken, die mir mein Studium durch ihre Unterstützung ermöglicht haben und immer ein Ohr für meine Befürchtungen hatten.

Stéphanie Carlomagno

Inhaltsverzeichnis

Einführung	8
Abkürzungen	10
Teil 1: Vor der Wende auf sozioökonomischer Ebene	11
1. Deutsche Trennung	11
1.1. Ein kurzer Rückblick	11
1.2. Zwei Systeme	12
1.2.1. Bundesrepublik Deutschland	12
1.2.2. Deutsche Demokratische Republik	13
1.3. Die Wende	14
2. Die beiden wirtschaftlichen Systeme in Deutschland vor der Wende	17
2.1. Deutsche Demokratische Republik: eine Zentralverwaltungswirtschaft	17
2.1.1. Volkseigene Betriebe und Landwirtschaftliche Produktionsgesellschaften	18
2.1.2. Krisen in der DDR	18
2.1.3. Alltag im Osten bis zur Wende	19
2.1.4. Wirtschaftliche Reformweigerungen	20
2.1.5. Herbst 1989	22
2.2.1. Bundesrepublik Deutschland: eine Kapitalwirtschaft	23
2.2.2. Drei Krisen	24
3. Soziale Umwälzungen vor der Wende	27
3.1. Flüchtlinge von der DDR in die BRD – eine demographische Umwälzung	27
3.2. Dissidenten und pazifistische Bewegungen	28
3.3. Gefälschte Kommunalwahlen 1989	29
3.4. Reaktionen der Regierungsinstanz	31
Teil 2: Die Wende auf sozioökonomischer Ebene	33
4. Die Wende: Zusammenbruch und Neuanfang	33
4.1. Von „Wir sind das Volk“ zu „Deutschland einig Vaterland“	34
4.1.2. Helmut Kohl Zehn-Punkte-Programm	34
4.1.3. UdSSR und Wiedervereinigung	35

4.1.4 Reaktionen in Europa.....	35
4.2. Intellektuelle gegen eine deutsche Einheit	36
4.3. Die wirtschaftliche Vereinigung nach der Wende: Neuanfang und Anpassung	39
4.3.1. Zu einer wirtschaftlichen und sozialen Einheit: Grundgesetz oder neue Verfassung?	39
4.3.2. Zwei-plus-Vier-Vertrag und Staatsvertrag über die Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion.....	40
4.3.3. Die „Schocktherapie“	41
4.3.4. Soziale Transformationen.....	44
Teil 3: Nach der Wende auf sozioökonomischer Ebene	46
5. Nach der Wende	46
5.1. Dauerhafte Konsequenzen: Kann man von einer deutschen Einheit sprechen?	46
5.1.2 Osis und Wesis.....	46
5.2. Nach der Wende auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene.....	47
5.3. Selbstbewertung der Wiedervereinigung.....	51
Fazit	55
Literatur- und Quellenverzeichnis	57
Primäre Literatur.....	57
Sekundäre Literatur.....	58
Internetquellen	58
Beilagen	62

Einführung

Berlin, den 9. November 1989: an diesem historischen Tag gab es eine epochemachende Pressekonferenz, die in der Geschichte als Symbol von entscheidenden politischen Prozessen gilt: dem Beginn des Berliner Mauerfalls, der Eröffnung der Ost-West Grenze, der Entfernung des kalten Krieges und einer pazifistischen Revolution.¹

Das DDR-Fernsehen übertrug an diesem Tag die Sitzung, die im Pressezentrum Berlins stattfand. Das damalige SED-Politbüromitglied Günter Schabowski, redete zwei Stunden lang über Reformen der Partei, Wirtschaft und Gesellschaft. Auf die Frage zum neuen Reisegesetz antwortete er: "Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, heute eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht, über Grenzübergangspunkte der DDR auszureisen."² Obwohl diese Gesetzesänderung erst am nächsten Tag in Kraft treten sollte, irrte sich Schabowski und gab dem damaligen Journalisten Peter Brinkmann, folgende Antwort: "Das trifft nach meiner Kenntnis... ist das sofort, unverzüglich".³

Doch eine 40 Jahre lange Teilung hinterlässt zwangsläufig tiefe Spuren, die nach der Wende den Vereinigungsprozess sehr mühsam machten. Auf der westlichen Seite gab es nämlich wie in ganz Westeuropa eine klare demokratische Grundordnung mit marktorientierter Wirtschaft. Auf der östlichen Seite hingegen gab es ein sozialistisch regiertes Deutschland mit einer einzigen herrschenden Partei, die Wirtschaft und Leben der Bürger kontrollierte.⁴

Der „Aufbau“ einer sozioökonomischen deutschen Einheit kam deswegen nicht immer so schnell voran wie erwartet. Der Osten konnte dem Niveau des Westens nicht einfach über Nacht folgen, und diesen Unterschied spüren die Deutschen wahrscheinlich heute noch. Darf dementsprechend von einer Gleichberechtigung des vereinten Deutschlands gesprochen werden oder im Gegenteil, wurde der Osten dem Westen nicht einfach „ausverkauft“? Durch die Vereinigung der BRD und der DDR kamen nämlich nicht nur Menschen von grundverschiedenen Systemen zusammen, sondern Menschen mit unterschiedlichen kulturhistorischen Erfahrungen nach 40 Jahren Trennung. Das Ende der DDR brachte zwar ein Gefühl von Freiheit, aber vermutlich auch eine gewisse Unsicherheit. Wurde die

¹ARD Tagesschau. 09.11.1989, 20Uhr. *Extra Tagesschau: DDR öffnet Grenzen*. Video. <<https://www.youtube.com/watch?v=AhKfHKTyZpU>>. Abgerufen am 02.02.2017.

²Hemmerich Lisa. 09.11.2009. SPIEGEL ONLINE: *Schabowski tritt auf. Das folgenreichste Versehen der DDR-Geschichte*. Online. <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/schabowskis-legendaerer-auftritt-das-folgenreichste-versehen-der-ddr-geschichte-a-660203.html>>. Abgerufen am 22.03.2017.

³Ibid.

⁴Bliemeister Andreas, Wiesbaden 2010. *Statistisches Bundesamt: 20 Jahre Deutsche Einheit, Wunsch oder Wirklichkeit*. Pdf.64S.<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/DeutscheEinheit.pdf?__blob=publicationFile>. Abgerufen am 07.07.2017.

Gleichberechtigung Ost-West realisiert? Oder führte die Integration des östlichen sozialistischen Systems nicht zu einem „Ausverkauf“, in dem der Osten vom Westen einfach „aufgeschluckt“ wurde?

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit einem Vergleich der sozioökonomischen Lage Deutschlands, vor und nach der Wende. Es geht vor allem darum zu skizzieren, wie beide Systeme weiterhin „harmonisiert“ wurden, mit welche Schwierigkeiten und Folgen sich dabei herausgestellt haben.

Die Frage der Gleichberechtigung ist auch von besonderem Interesse, weil ein gutes Verständnis der damaligen Einsätze die Analyse der aktuellen Lage erlaubt.

Diese Arbeit wird in drei Teile geteilt, die sich für die sozioökonomische Lage der DDR und BRD vor und nach der Wendezeit interessieren. Der erste Teil widmet sich einer kurzen Darstellung beider Systeme, sowie ihren wirtschaftlichen, politischen und sozialen Grundlagen bis zur Wende. Im Fokus des zweiten Teils steht die Wende, wie der Zusammenbruch und Neuanfang durchgeführt wurden. Darauf aufbauend wird im dritten Teil die sozioökonomische Lage nach der Wende evaluiert, sowie eine aktuelle Bewertung der deutschen Gleichberechtigung durchgeführt.

Abkürzungen

BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich Demokratische Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DM	Deutsche Mark
FDP	Freie Demokratische Partei
RAF	Rote-Armee-Fraktion
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
STASI	Staatssicherheit. Auch Mfs: Ministerium für Staatssicherheit

Teil 1: Vor der Wende auf sozioökonomischer Ebene

1. Deutsche Trennung

1.1. Ein kurzer Rückblick

Die Gründung der Bundesrepublik wurde 1949 vollzogen und wurde vom Inkrafttreten des Grundgesetzes und Amtsantritt der Regierung Adenauer geprägt. Konrad Adenauer ist der erste Hauptbeteiligte, da er als erster Bundeskanzler der BRD auftrat. Theodor Heuss hingegen war der erste Bundespräsident.⁵

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutschland am 14. September 1944 laut den Beschlüssen der Londoner Konferenz in vier Besatzungszonen getrennt und zwar in eine amerikanische, eine britische, eine französische und in eine sowjetische Zone. Die Sowjetunion kannte zu dieser Zeit eine große Expansion, die sich durch den Aufbau von Sattelitenstaaten und dem Ostblock auszeichnete. Die damalige Situation führte dann zu einer zunehmenden Spannung zwischen den Alliierten (USA, Großbritannien und Frankreich) und der Sowjetunion und letztlich zum Beginn des Kalten Krieges. Gleichzeitig gab es eine zunehmende Belastung der Alliierten durch das Besatzungsmandat. So wurde dann die Entscheidung getroffen, einen Westdeutschen Staat mit Westbindung zu gründen. Obwohl 1947 versucht wurde, eine gesamtdeutsche Lösung zu finden scheiterte diese und brach Deutschland endgültig zwischen der Sowjetunion und der Westbindung entzwei. Nachdem die Westzonen ihre erste deutsche Mark einführten, blockierten die Sowjets Berlin und dies verstärkte dann die Spaltung zwischen Ost und West.⁶

Im Osten wurde am 7. Oktober 1949 die offizielle Gründung der DDR durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, also die SED, gesteuert. Die damaligen SED Generalsekretäre waren Walter Ulbricht und Erich Honecker die als einzige Generalsekretäre während des Bestehens der SED gelten. Ab 1952 wurde die DDR nach sowjetischem Muster umgebaut. Dies geschah mit der Hilfe vom Ministerium für Staatssicherheit, auch STASI genannt, um Staatsfeinde aus zu spionieren und festzunehmen. 1953 starb Stalin, von dem die DDR und Ulbricht sehr abhängig waren. Es folgten Proteste in der DDR, weil es der Demokratischen Republik wirtschaftlich schlecht ging. Dieser Aufstand wurde von der Roten Armee blutig niedergeschlagen. Jahr für Jahr flohen mehr und mehr DDR-Bürger nach Westen. Da diese Zahl immer mehr stieg, wurde 1961 die Berliner Mauer gebaut. Obwohl Walter Ulbricht während

⁵ Wahl Alfred. *L'Allemagne de 1945 à nos jours*, Paris: Armand Colin, 2009, S.303.S.64 - 65.

⁶ Ibid.25-27.

der internationalen Pressekonferenz des 15. Junis 1961 mitteilte, dass „Niemand [...] die Absicht [hat] eine Mauer zu errichten“ wurde diese kurz danach am 13. August desselben Jahres aufgestellt. Es folgten Hinrichtungen derjenigen, die die Mauer überqueren wollten. An den Fall dieser Berliner Mauer wird seit dem 9. November 1989 erinnert.⁷

Zusammengefasst war der Kalte Krieg ein Konkurrenzkampf zwischen den zwei mächtigen Systemen, den Vereinigten Staaten und der damaligen Sowjetunion. Es gab also einen Druck zwischen dem kapitalistischen Westblock und dem kommunistischen Ostblock. Der Kalte Krieg war in diesem Sinne, hauptsächlich ein Krieg der Ideen in Politik, Kultur und Wirtschaft.

1.2. Zwei Systeme

1.2.1. Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland wurde am 8. Mai 1949 durch das Grundgesetz gegründet und folgte dem Modell einer Parlamentarischen Demokratie. Das Grundgesetz bestand aus einer Präambel⁸, Grundrechten und Organisation. Das staatliche System und Wertentscheidungen wurden also im Grundgesetz gefunden.⁹ Die Bundesrepublik Deutschland war dann ab diesem Zeitpunkt ein demokratischer und sozialer Bundesstaat (Nach Artikel 20, Absatz 1¹⁰). Sollte ein Artikel des Grundgesetzes geändert werden, ist es vorgeschrieben die Zustimmung des Parlaments, auch Bundestag genannt, sowie die des Bundesreferats zu bekommen.¹¹

Konrad Adenauer verkündete das Grundgesetz am Parlamentarischen Rat Bonns am 23. Mai 1949. Die neue Staatsorganisation sollte als „freiheitlich-demokratischer und sozialer Rechtsstaat“ gelten die auf föderalistischer Weise aufgebaut wird.¹²

Das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland unterscheidet sich von dem der Deutschen Demokratischen Republik bis zum Äußersten. Der Ökonom Alfred Müller-Armack und der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, entwickelten das *Prinzip der sozialen Marktwirtschaft*. Diese Wirtschaft soll auf drei wichtigen Prinzipien beruhen, nämlich dem freien Wettbewerb, der Konsumentenfreiheit und dem sozialen Ausgleich. So entstand das

⁷ Wahl Alfred. *L'Allemagne de 1945 à nos jours*, Paris: Armand Colin, 2009, S.303.S. 143-145.

⁸ Beilage 1

⁹ Deutscher Bundestag Berlin. 2014. Bundestag: *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*. Online. <<https://www.bundestag.de/grundgesetz>>. Abgerufen am 19. März.2017.

¹⁰ Beilage 2

¹¹ Deutscher Bundestag Berlin. 2014. Bundestag: *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*. Online. <<https://www.bundestag.de/grundgesetz>>. Abgerufen am 19. März.2017.

¹² Küsters Hanns. Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin. *Konrad Adenauer. Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1945*. Online. <<https://www.konrad-adenauer.de/stichworte/deutschlandpolitik/gruendung-der-bundesrepublik-deutschland-1949>>. Abgerufen am 03.07.2017.

sogenannte Wirtschaftswunder das zwischen 1949 und 1973 der BRD einen wirtschaftlichen Aufschwung bescherte. Während den 50er Jahren begann ein auffallendes Wirtschaftswachstum und das Bruttoinhaltsprodukt steigerten sich von rund 97 Milliarden DM auf das Zweifache schon zehn Jahre später. Die durchschnittliche Bruttoinlandsproduktwachstumsrate zwischen 1950 und 1960 betrug 8,2%.¹³ Der Bundeshaushalt war zu dieser Periode ausgeglichen, das bedeutet, dass sich Ausgaben und Einnahmen so gut wie auf demselben Stand befinden. Deshalb konnten die Staatsverschuldungen, die 1953 bereits schon auf die Hälfte gesenkt wurden, schnell abnehmen. Obwohl das wirtschaftliche Wachstum sich in den folgenden Jahren bis zur ersten Ölkrise 1973 verlangsamte, blieb Westdeutschland ein „auffälliges Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung“.¹⁴

Was die Politik der BRD betrifft, gab es zuerst ein Dreiparteiensystem das aus den folgenden Parteien stammte: Die Christliche Demokratische Union (CDU), Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und die Freie Demokratische Partei (FDP). Durch die Gründung der „Grünen“ in den 80er Jahren, entwickelte sich dieses Dreiparteiensystem in einem Vierparteiensystem. Das gemeinsame Ziel dieser Parteien ist die Entsprechung der Demokratischen Grundsätze.¹⁵

1.2.2. Deutsche Demokratische Republik

Das System der Deutschen Demokratischen Republik war im Vergleich zur Bundesrepublik ganz anders aufgebaut, da es den Grundlagen des Sozialismus folgte. Die Werte dieser politischen Ideologie sind Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität.¹⁶

Die Wirtschaft der DDR wurde im Gegensatz zum BRD Kapitalismus, vom Kommunismus geprägt. Das bedeutet, dass es in der Theorie keine Privateigentümer mehr gibt und dass alles dem Staat gehört. Der Kommunismus basiert also auf einer Planwirtschaft, in der im Voraus berechnet wird wieviel hergestellt werden soll. Das Ziel hier ist es eine „klassenlose“ Gesellschaft herzustellen, in der es keine Hierarchie mehr geben soll.¹⁷

¹³ Beilage 3

¹⁴ Berger Johannes. Bundeszentrale für politische Bildung Bonn. 2012. *Bpb: Die wirtschaftliche Bildung der Bundesrepublik Deutschland*. Online. < <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138634/wirtschaftliche-entwicklung?p=all> >. Abgerufen am 03.07.2017.

¹⁵ Wahl Alfred. *L'Allemagne de 1945 à nos jours*, Paris: Armand Colin, 2009, S.303.S.27 à 33.

¹⁶ Eckart Conze, e.a. *Die demokratische Revolution 1989 in der DDR: Die DDR im Gedächtnis der Gegenwart*, Köln: Böhlau Verlag, S.243.

¹⁷ Olteanu Tina, e.a. *Osteuropa transformiert: Sozialismus, Demokratie und Utopie?*, Berlin: Springer-Verlag, S.72-73.

In diesem Sinn ist also die DDR im Vergleich zur BRD sehr unterschiedlich da ihre Staatsform die einer Volksrepublik ähnelt. Der Bundeszentrale für politische Bildung zufolge ist eine Volksrepublik „eine Bezeichnung, die zum Ausdruck bringen soll, dass der politische Souverän (das Volk) in Form einer Diktatur herrscht, genauer, dass die Diktatur des Volkes von einer seinen Willen vertretenden Partei ausgeübt wird.“ In der Tat war die DDR, unter SED Herrschaft, die bis Ende der 80er Jahre viele Lebensbereiche kontrollieren wollte.¹⁸

1.3. Die Wende

Die Wende bezeichnet einen Zeitraum zwischen 1989 und 1990, in dem verschiedene Ereignisse zur Wiedervereinigung Deutschlands führten.¹⁹ Wirtschaftliche und politische Ursachen führten in den 80er Jahren nämlich zum Zusammenbruch der DDR, sowie zu Friedlichen Revolutionen, Oppositionen, einer wirtschaftlich schlechten Lage, einer zunehmenden Flucht der Bürger zum Westen, usw.

In der Verfassung der DDR konnte man lesen:

„Alle Macht dient dem Wohle des Volkes. Sie sichert sein friedliches Leben, schützt die sozialistische Gesellschaft und gewährleistet die sozialistische Lebensweise der Bürger, die freie Entwicklung des Menschen, wahrt seine Würde und garantiert die in dieser Verfassung verbürgten Rechte.“²⁰

In der Realität sah das aber anders aus und die alleinige Macht der SED führte zu einem Unrechtsempfinden, dass die Opposition verstärkte. Außerdem wurden die Opposition und Andersdenkende durch die STASI spioniert und verfolgt.²¹

Im Vergleich zur Bundesrepublik waren der Lebensstandard und die Infrastruktur in der DDR signifikant unter westlichem Niveau und die Liberalisierungstendenzen der UdSSR, Polen und Ungarn führten zu einer Stärkung der Opposition gegen die damalige Staatsmacht. Eine unter vielen Ursachen, die zu Friedlichen Revolutionen führte war die offensichtlich manipulierte Kommunalwahl im Mai 1989. Das Volk reagierte durch Protest und eine Massenflucht zum

¹⁸ Bliemeister Andreas. Statistisches Bundesamt Wiesbaden. 2010. *Destatis: 20 Jahre Deutsche Einheit, Wunsch oder Wirklichkeit*. Pdf 64 S.

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/DeutscheEinheit.pdf?__blob=publicationFile>. Abgerufen am 07.05.2017.

¹⁹ Renaud Guy. *L'Unification de l'Allemagne*, Ellipses, Paris, 2000, S. 61 – 64.

²⁰Verfassung, Stuttgart. 2004. *Gesetzblatt der DDR 1968*. Online.

<<http://www.verfassungen.de/de/ddr/ddr68.htm>>. Abgerufen am 03.06.2017.

²¹ Renaud Guy. *L'Unification de l'Allemagne*, Ellipses, Paris, 2000, S. 61 – 64.

Westen.²² Mehr und mehr Massendemonstrationen fanden in östlichen Städten wie in Berlin und Leipzig statt.²³ Der Druck der Revolutionen erzwang bis Ende Januar 1990 politische Veränderungen. Diese Veränderungen begannen am 18. Oktober 1989, als SED-Führer Erich Honecker, der zu diesem Zeitpunkt noch davon überzeugt war, dass die Mauer in fünfzig Jahren noch stehen würde, dazu gebracht wurde von seinem Posten zurückzutreten. Am 8. November öffnete die SED-Führung auf den Druck der Demonstranten die Grenzen. Am 1. Dezember strich die Volkskammer die Führung der SED aus der Verfassung. Am 15. Januar 1990 verwüsteten Demonstranten die Hauptzentrale der STASI. Aber kann man wirklich von einer Revolution sprechen? Kriterien für eine Revolution sind, dass diese vom Volk getragen wird und dass das alte System durch ein neues ersetzt wird.²⁴ Laut diesen Kriterien handelt es sich also in der Tat um eine Revolution. Im Vergleich zu den Revolutionen von 1789 oder 1917, spricht man jedoch eher von einer „friedlichen Revolution“ oder auch von einer „Wende“.

Die Vereinigung ist ein langer Prozess der bis heute noch gespürt werden kann. Nach dem 8. November 1989 wollten Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident der SED, Modrow Vereinigungspläne vorbereiten. Die Idee war nämlich eine deutsch-deutsche Konföderation zu bilden. Aber da der wirtschaftliche Zusammenbruch der DDR um einen Exodus bedrohte, wurde dieser Plan nie ermöglicht. Während der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 hat die DDR keine andere Wahl als der gewinnenden Partei, also der CDU, beizutreten. Zwei Monate später, am 18. Mai 1990, unterzeichneten beide Finanzminister Theo Waigel und Walter Romberg den Staatsvertrag beider Staaten dessen Inhalt eine einheitliche Wirtschaft beschreibt. Dazu muss die Deutsche Mark in die DDR integriert werden. Der Inhalt geht auch um die Strukturanpassung der DDR-Wirtschaft. Das System der Sozialversicherung der Bundesrepublik sollte auch durch die DDR übernommen werden.²⁵

Der Zwei-plus-Vier Vertrag bedeutete das Ende der Deutschen Demokratischen Republik. Er sorgt für die staatliche und territoriale Vereinigung einer tiefen und langen Teilung. Das 2. Weltkriegskapitel wird so endgültig beendet. Durch diesen Vertrag wurde der Vereinigungsprozess Europas zwischen Osten und Westen beschleunigt.²⁶

²² Renaud Guy. *L'Unification de l'Allemagne*, Ellipses, Paris, 2000, S. 51 – 53.

²³ Wahl Alfred. *L'Allemagne de 1945 à nos jours*, Paris : Armand Colin, 2009, S.303.

²⁴ Revolution. 2014. *DUDEN – Die deutsche Rechtschreibung*. Berlin: Bibliographisches Institut GmbH.

²⁵ Görtemaker Manfred. 2009. Bundeszentrale für politische Bildung: *Beginn der Deutschen Einigung*. Online. < <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43757/die-deutsche-einigung?p=all> >. Abgerufen am 03.07.2017.

²⁶ Renaud Guy. *L'Unification de l'Allemagne: Les Aspects Extérieurs de l'Unification Allemande*, Paris : Ellipses, 2000, S. 129.

Kurzgefasst wurde also die Vereinigung durch die innenpolitischen und wirtschaftlichen Probleme der UdSSR möglich. Obwohl Gorbatschow bis 1987 eine Wiedervereinigung als unrealistisch betrachtete, musste er sich dem Westen annähern um wirtschaftliche Lösungen zu finden. Ab 1990 stellte er sich sogar vor, dass BRD und DDR im selben Staat leben können.²⁷

²⁷ Renaud Guy. *L'Unification de l'Allemagne: Les Aspects Extérieurs de l'Unification Allemande*, Paris : Ellipses, 2000, S. 128-129.

2. Die beiden wirtschaftlichen Systeme in Deutschland vor der Wende

2.1. Deutsche Demokratische Republik: eine Zentralverwaltungswirtschaft

Im Gegensatz zur Bundesrepublik, war die Demokratische Republik zur Zeit ihrer Entstehung in einer eher ungünstigen Position. In der Tat, gab es im östlichen Teil wenig Rohstoffe. Außerdem war die Industrie der DDR benachteiligt, da der Westen schon vor 1945 numerisch und qualitativ überlegen war. Dazuhin, wurde der Osten während der Kriegszeit mehr als der Westen beschädigt.²⁸ Also kann man sagen, dass es zwischen diesen beiden Strukturen einen relativ großen Ungleich gab.

Eine Zentralverwaltungswirtschaft, auch Planwirtschaft genannt, konnte auf folgende Weise angewandt werden: Dieses Wirtschaftssystem hing von der wirtschaftlichen Notwendigkeit und den Gemeinschaftlichen Verhältnissen der DDR ab. Also wurden die Produktionen und Dienstleistungen im Voraus geplant. Im Gegensatz zur Marktwirtschaft in der Bundesrepublik gab es in einer Zentralverwaltungswirtschaft keinen Markt und Wettbewerb. Das Prinzip von Angebot und Nachfrage wie Europa es heute kennt, gab es auch nicht. Wirtschaftlich selbständige Menschen gab es also zu dieser Zeit durchaus nicht, da das Volk vom Staat abhing. Das Ziel des Wirtschaftsplans war es hingegen, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen durch optimale Nutzung der Produktionsmittel. Außerdem, sollte diese Planwirtschaft die Waren und Dienstleistungen, gerecht verteilen.²⁹

Laut Historiker Hans-Ulrich Wehler wird die Wirtschaftsgeschichte der DDR in sein Werk *Deutsche Gesellschaftsgeschichte* in drei Phasen aufgeteilt. Zwischen 1945 und 1961 spricht man von der ersten Phase mit dem Einschnitt des Mauerbaues. Bis 1971 wird von einer zweiten Phase gesprochen, die von Reformen und dem Rücktritt Walter Ulbrichts geprägt wird. Bis 1989/90 ist die dritte Phase größtenteils durch die Ära Honecker. Die Wirtschaftspolitik hatte sich während dem Wandel von der zweiten zur dritten Phase wesentlich verändert. Nach der deutschen Einheit kann man von einer „Transformationsphase“ anstatt einer vierten Phase sprechen.³⁰

²⁸ Abendroth, Wolfgang; et al. *Kleine Bibliothek: Politik, Wissenschaft, Zukunft*, Band 13: BRD-DDR: Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln: Pahl-Rugenstein, 1971, S.60.

²⁹ Sattler Frederiek. *Wirtschaftsordnung im Überblick. Politik, Organisation und Funktion der KPD/SED im Land Brandenburg bei der Etablierung der Zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR*, Bnd.5, Münster: Lit-Verlag, 2002, S.207.

³⁰ Martens Bernd. 2010. Bundeszentrale für politische Bildung. *Lange Wege der deutschen Einheit. Die Wirtschaft in der DDR*. Online. <<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47076/ddr-wirtschaft>>. Abgerufen am 04.07.2017.

2.1.1. Volkseigene Betriebe und Landwirtschaftliche Produktionsgesellschaften

Wie in der Sowjetunion als wirtschaftliches Vorbild werden nach der Gründung der DDR Produktionsmittel verstaatlicht und zu Volkseigenen Betriebe, auch VEB genannt, umgewandelt. Die landwirtschaftlichen Betriebe werden auch in einer einzigen Union vereinigt und werden zu Landwirtschaftlichen Produktionsgesellschaften, auch LPG genannt. VEB und LPG werden vom Staat kontrolliert und so wird vom Staat beschlossen was in einem bestimmten Zeitraum produziert werden soll. Durch diese Planwirtschaft waren viele Waren im Vergleich zum Westen viel günstiger. Während der dritten Phase der Wirtschaftspolitik der DDR gab es in den 70er Jahren, wirtschaftliche Reformen, durch die im Rahmen der Kombinarsreform die meisten VEB in großen Kombinat fusioniert wurden. Die Zahl der VEB schrumpfte durch diese neue Zentralisierung der Betriebe und Ende 1989 zählte man ungefähr 3.374 Industriebetriebe im Gegensatz zu 17.030 im Jahre 1958.³¹

2.1.2. Krisen in der DDR

Die 70er Jahre werden in der DDR von mehreren Krisen geprägt. Die Wirtschaft wurde nämlich in Ostdeutschland durch die Ölkrise sehr verändert. Die BRD war im Gegensatz zur DDR mehr in der Lage diese Knappheit an Rohstoffen zu überwinden. Doch im Osten konnte der Modernisierungsplan an Energieversorgung durch Erdöl und Erdgas nicht in Kraft treten. Deshalb kam der Staat dazu, Braunkohle zu verwenden und so alte und schon längst abgeschriebene Anlagen zu reaktivieren. Als Konsequenz gab es in den 80er Jahren schwere Umweltbelastungen die zu ökologischen Partisanen führten.³²

Die Emissionen von Schadstoffen war im Gegensatz zum Westen kurz vor der Wende sehr hoch. An Schwefeldioxid zählt man bis zu 319 kg/a pro Einwohner im Vergleich zu 21 kg/a in der BRD. Der Schwebstaub wird im Osten bis zu 134 kg/a gegen 8,7 Kg im Westen geschätzt. Stickoxide wurden hingegen mehr in der Bundesrepublik emittiert: 46,7 kg/a pro Einwohner gegen 31,3 kg/a in der Demokratischen Republik.³³

Nach der Zweiten Ölkrise Ende der 70er Jahren wurden die Öllieferungen und Einkaufspreise die bis dahin auf einem niedrigen Einkaufspreis des sowjetischen Erdöls waren, dem Weltmarkt

³¹ Konrad-Adenauer-Stiftung Berlin. *DDR - Mythos und Wirklichkeit: Volkseigener Betrieb*. Online. <<http://www.kas.de/wf/de/71.6631/>>. Abgerufen am 04.07.2017.

³² Martens Bernd. 2010. Bundeszentrale für Politische Bildung. *die Wirtschaft in der DDR*. Online. <<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47076/ddr-wirtschaft>>. Abgerufen am 04.07.2017.

³³Beilage 3

angeglichen und die DDR musste so das Dreizehnfache³⁴ des Ölpreises von 1970 bezahlen. Die Nutzung von der Braunkohle wurde so noch verstärkt.³⁵

Außerdem, gab es während der dritten Phase der Wirtschaft in der DDR eine nicht lösbare Konkurrenz in drei folgenden Gebieten: die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung, einen Schuldendienst dem Ausland gegenüber und in einer eigenen Wirtschaft zu investieren. Zum ersten wurde der Grundbedarf der Bürger aus Gütern des Haushaltes immer mehr verbreitet. Zum zweiten wurde eine ausländische „Zahlungsfähigkeit“ notwendig um noch Eigenständig zu bleiben. Unrealistische Zahlen der Schulden wurden so vom Politbüro verbreitet und „wirtschaftspolitische Spielräume“ wurden trotz Kostenproblemen offengehalten. Auch das Investieren in einer eigenen Wirtschaft ging nicht wie gewünscht. Eine eigene Mikroelektronikproduktion sollte aufgebaut werden, doch diese kam zu spät und man zahlte Milliardenbeiträge die ohne positiven Profit verschwendet wurden.³⁶

Obwohl die Deutsche Demokratische Republik kurz vor der Wende in einer betäubten wirtschaftlichen Lage war, sprach man noch nicht von Bankrott. Eine wichtige Krise gegenüber dem politischen System und die Veränderungen der „internationalen Rahmenbedingungen“ brachten die Republik zum Ende.³⁷

2.1.3. Alltag im Osten bis zur Wende

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hatte in so gut wie allen Etappen des alltäglichen Lebens ihr Wort zu sagen. Die SED kontrollierte die DDR-Bürger in den Bereichen Beruf, Bildung und Immobilie.³⁸

Frauen waren fast so viel wie Männer arbeitstätig und eine Erklärung dafür ist, dass es in Ostdeutschland eine familienverträgliche Politik gab. Jedes Kind hatte ab dem ersten Jahr einen Betreuungsplatz in der Krippe. Die BRD hingegen bat das nicht an und Frauen waren also um 1989 in Westdeutschland nur 50 Prozent gegen 90 Prozent im Osten erwerbstätig.³⁹

³⁴ Wehler Hans-Ulrich. *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. 5. Band. Bundesrepublik und DDR 1949-1990, München: C.H. Beck, 2008, S.52-53.

³⁵ Martens Bernd. 2010. *Bundeszentrale für Politische Bildung: die Wirtschaft in der DDR*. Online. <<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47076/ddr-wirtschaft> >. Abgerufen am 04.07.2017.

³⁶ Steiner A.: *Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang. Zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1999, S. 153-192.

³⁷ Ibid.

³⁸ Ziegler Wiebke und Oster Andrea. *Planet Wissen: Leben in der DDR: Alltag*. Online. <http://www.planet-wissen.de/geschichte/ddr/das_leben_in_der_ddr/pwiealltaginderddr100.html > Abgerufen am 24.03.2017.

³⁹ Ziegler Wiebke und Oster Andrea. *Planet Wissen: Leben in der DDR: Alltag*. Online. <http://www.planet-wissen.de/geschichte/ddr/das_leben_in_der_ddr/pwiealltaginderddr100.html > Abgerufen am 24.03.2017.

Kinder sollten im Osten schon im Kindergarten eine sozialistische Belehrung bekommen. Die Bildung in der DDR sollte allen dasselbe Niveau ermöglichen. Später machten im Durchschnitt acht bis neun Schüler von zehn eine Berufsausbildung. Wer studieren wollte, wurde unterschiedlichen Kriterien vorgelegt. Die Chancen für ein Studium hingen von den Noten, den Eltern, politischen und gesellschaftlichen Verpflichtungen ab. Wer zum Beispiel von einer christlichen oder oppositionellen Familie kam hatte im generell weniger Chancen ein Studium zu machen.⁴⁰

Die Jugend wurde schon sehr früh zur Treue zur SED erzogen. Die „Pionierorganisation Ernst Thälmann“ und die „Unterorganisation der Freien Deutschen Jugend“ sorgten dafür und die Mitgliedschaft (bis zu 25 Jahren) war eine Garantie für eine zukünftige Karriere. Also mussten die Jugendlichen in der DDR Mitglieder der FDJ sein, wenn sie auf eine Berufskarriere hofften. Die FDJ organisierte vor allem Aktivitäten wie Säuberung, Pflegen von älteren Bürgern, Freizeit und Sport. Die Jugend diente also der Gemeinschaft, was dem sozialistischen Modell entsprach.⁴¹

Diese Idee von „dem Staat dienen“ gab es in der Verfassung, in der die DDR sich als Staat der Arbeiter und Bauern sah. Es gab nämlich ein Recht auf Arbeit. Das Prinzip des Sozialismus beruhte auf dem Motto „die Gruppe ist stark“: Menschliche Begabungen entstehen am besten in der Gruppe.⁴²

2.1.4 Wirtschaftliche Reformweigerungen

Die Machtübergabe der UdSSR an Gorbatschow sowie seine Entscheidung das Land zu reformieren, war für Ostdeutschland nicht annehmbar. Die Perestroika sollte die Umstrukturierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens verwirklichen und beruhte auf einer Entwicklung der Kommunikation und Durchsichtigkeit (Glasnost), was die Grundlagen der DDR in Frage stellen würde.⁴³

SED-Sekretär Kurt Hager fragte 1987 in einem ironischen Ton: "Würden Sie, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?" (K.Hager)⁴⁴

⁴⁰ Ziegler Wiebke und Oster Andrea. Planet Wissen: *Leben in der DDR: Alltag*. Online. <http://www.planet-wissen.de/geschichte/ddr/das_leben_in_der_ddr/pwiealltaginderddr100.html>. Abgerufen am 24.03.2017.

⁴¹ Ibid.

⁴² Ibid.

⁴³ Berstein Serge u. Milza Pierre. *L'Allemagne de 1870 à nos Jours: la Réunification Allemande*, 7. Aufl., Paris : Armand Collin, 2010, S. 263.

⁴⁴ Ibid.

Diese ostdeutsche Weigerung sich an diesen Sowjetischen Reformen anzupassen beruhte auf drei Tatsachen. Erstens war diese Perestroika laut Erich Honecker nur wegen dem ökonomischen Scheitern der UdSSR entstanden. Doch die DDR hätte sich vom Rest der sowjetischen Gruppe am besten entwickelt. Eine Perestroika wäre dementsprechend in Ostdeutschland überhaupt nicht nötig. Zweitens sei sie auf einen Aufstand innerhalb des Regimes Gorbatschow zurückzuführen. Und drittens, war die DDR stolz auf ihr „politisches und soziales Gleichgewicht“ und wollte auf keinen Fall etwas in diese Waageschale werfen. Erich Honecker war demzufolge ein deutlicher Gegner dieser Perestroika.⁴⁵ Später im Jahre 1988 wird Gorbatschow die ostdeutschen Reformisten sogar dazu ermutigen, sich auf die Perestroika zu berufen, um die Politik ihrer Leiter anzugreifen.⁴⁶

Honeckers Kritiken wurden danach immer stärker, er sprach sogar von einer „Anarchie der UdSSR Reformen“ und manche sowjetischen Filme wurden sogar in der DDR zensiert.⁴⁷ Seine Opposition zu einer Marktwirtschaft wurde auch immer stärker, da solch eine Wirtschaft mit dem Sozialismus nicht vereinbar sei und ein zu großes Risiko für Arbeitslosigkeit wäre.

Der Vorsitzende des Staatsrats der DDR wollte der Welt den Erfolg des sozialistischen Staates aufzeigen und verfolgte den Wunsch, dass die Deutsche Demokratische Republik politisch und international anerkannt.⁴⁸ Die innerdeutschen Beziehungen mit der BRD wurden vertieft und zunehmende Erlaubnisse Westdeutschland oder andere europäische Länder mit Visum zu besichtigen wurden gegeben.⁴⁹

Die Deutsche Demokratische Republik kannte seit 1985 ein Wirtschaftswachstum das den sozialistischen Staat auszeichnete. Doch in den folgenden Jahren erfährt Ostdeutschland einen wirtschaftlichen Stillstand,⁵⁰ warum?

Ostdeutschland ist ein Land, das arm an natürlichen Ressourcen ist, besonders an Energie und Rohstoffen. Um die Krise zu überleben hat die DDR viele Einsparungen gemacht, doch zu diesem Zeitpunkt gab es nur noch die Möglichkeit sich dem technischen Fortschritt zu widmen. Der Osten konnte seinem Strombedarf nicht mehr decken und musste deshalb Strom vom Westen kaufen. Die Wiederverwertung von Kupfer, Rohstahl, Papier und Pappe hatten zu

⁴⁵ Berstein Serge u. Milza Pierre. *L'Allemagne de 1870 à nos Jours: la Réunification Allemande*, 7. Aufl., Paris : Armand Collin, 2010, S. 264.

⁴⁶ Ibid.

⁴⁷ Ibid.

⁴⁸ Berstein Serge u. Milza Pierre. *L'Allemagne de 1870 à nos Jours: la Réunification Allemande*, 7. Aufl., Paris : Armand Collin, 2010, S. 265.

⁴⁹ Ibid.

⁵⁰ Ibid. S. 266.

diesem Zeitpunkt ihre Grenzen erreicht. Der Mangel an Arbeitskraft kam auch noch hinzu.⁵¹ Seit 1985 erfuhr die ostdeutsche Agrikultur und Industrie einen Sturz in ihren Vermögenswerten. Auf langfristiger Ebene; verfolgte der Staat sogar eine Politik zur Förderung der Geburtenrate für zukünftige Arbeitskraft.⁵²

Die Effekte der Krise waren ab 1985 und 1986 zu spüren. Die Maschinen waren meist veraltet und die Verwaltung der Investitionsfinanzierung schien zu schwach zu sein. Es folgten 1987 und 1988 katastrophale Ernten wegen der ungünstigen Wetterbedingungen. Die industrielle Produktion war ebenfalls unterhalb der Prognosen. Im Endeffekt sind die Jahre 1987 und 1988 die des wirtschaftlichen Scheiterns der DDR.⁵³

Diese negativen Effekte hatten natürlich Konsequenzen auf den Außenhandel. Ostdeutschland wollte auf jeden Fall vermeiden vom Westen politisch und wirtschaftlich abhängig zu werden und musste westliche Importe „bremsen“. Es sind vor allem die Konsumgüter des alltäglichen Lebens die unter dieser Beschränkung leiden. Es gibt eine Verringerung von 33% und dies hauptsächlich in den Bereichen von Textil, Nahrungsmitteln, und landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Das Defizit gegenüber der BRD verfestigte sich und es wurde zu diesem Zeitpunkt immer schwieriger das Volk mit Konsumgütern zu versorgen. Dieser steigende Mangel verursachte den großen Unmut der Ostdeutschen. Diese Lage bewirkte ein Frustrationsgefühl, vor allem weil die zunehmenden Kontakte mit dem Westen die DDR-Bürger begreifen ließen, dass der Lebensstandard in der BRD besser war als im Osten. Dieses wirtschaftliche Scheitern provozierte eine große Unzufriedenheit zusammen mit dem Gefühl einer echten Freiheitsberaubung.⁵⁴

Demgemäß musste Ostdeutschland kurz vor dem vierzigsten Geburtstag der Republik in 1989 sehr schnell seinen eigenen Untergang betrachten.

2.1.5. Herbst 1989

Wie schon gesagt wurde das Jahr 1989 für die DDR ein Jahr der beschleunigten wirtschaftlichen Verschlechterung. Der zunehmende Mangel an Konsumgütern, misslungene Produktion und

⁵¹ Berstein Serge u. Milza Pierre. *L'Allemagne de 1870 à nos Jours: la Réunification Allemande*, 7. Aufl., Paris : Armand Collin, 2010, S. 265.

⁵² Berstein Serge u. Milza Pierre. *L'Allemagne de 1870 à nos Jours: la Réunification Allemande*, 7. Aufl., Paris : Armand Collin, 2010, S.267.

⁵³ Ibid.

⁵⁴ Ibid. S.268.

Investitionen, die zunehmenden Verspätungen der Industrielieferungen, usw. mussten unvermeidlich zu bürgerlichen Streitigkeiten führen.⁵⁵

Im Sommer desselben Jahres gab es eine immer weiterwachsende Auswanderung von Ostdeutschen zum Westen. Zehntausende von DDR-Bürger siedelten durch Ungarn um und die Republik die bereits schon einen großen Arbeitskräftemangel kannte wurde mit dieser massiven Umsiedlung überrollt.

Es gab schon seit Anfang der 80er Jahre „Friedensgebete“ in Leipzig um Aufstand zu demonstrieren.⁵⁶ Ab September 1989 versuchten die Menschen in Leipzig friedlich in den Straßen zu demonstrieren und zwar für eine „Transparente Demokratie, Pressefreiheit und offene Grenzen“.⁵⁷ Die Staatssicherheit antwortete zuerst mit harten Ordnungsstrafen, doch anstatt die Demonstranten zu unterdrücken provozierte dies einen immer weiter wachsenden Solidarisierungseffekt. Innerhalb ein paar Wochen waren die Demonstranten tausende, die ohne Zwischenfälle am Leipziger Ring demonstrierten.⁵⁸

Dies sind die Umstände, unter denen der 40. Jahrestag der DDR am 7.Oktober glorifiziert wurde.

2.2.1. Bundesrepublik Deutschland: eine Kapitalwirtschaft

Die Maxime der BRD beruht auf dem Kapital, das bedeutet, dass die Profitakkumulation durch Faktoren wie Produktion, Arbeit und Boden beeinflusst wird. Laut dem Wirtschaftslexikon Gabler versteht man unter Kapital der „Bestand an der Produktionsausrüstung verstanden, der zur Güter- und Dienstleistungsproduktion eingesetzt werden kann.“⁵⁹

Also funktioniert in der BRD das Kapitalinteresse nach Maximierung des Profits und den Interessen der Lohnabhängigen. Die Produktion der Unternehmen hängt so von ihrer Arbeitskraft ab.

Durch diese Arbeitskraft entstehen unterschiedliche Klassen, die es in der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Planwirtschaft im Prinzip nicht gab.⁶⁰

⁵⁵ Berstein Serge u. Milza Pierre. *L'Allemagne de 1870 à nos Jours : la Réunification Allemande*, 7. Aufl., Paris : Armand Collin, 2010, S.269.

⁵⁶ Jahn Roland. *Bundeszentrale für politische Bildung: Jetzt oder Nie. Leipziger Montagsdemonstrationen*. Online. <<http://www.bpb.de/mediathek/355/jetzt-oder-nie>>. Abgerufen am 24.03.2017.

⁵⁷ Ibid.

⁵⁸ Ibid.

⁵⁹ Pfitzer Norbert. *Gabler Wirtschaftslexikon. Das Wissen der Experten: Kapital*. Online. <<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/kapital.html#definition>> Abgerufen am 21.03.2017.

⁶⁰ Schupp Thomas. *Sozioökonomischer Kontext von Leiharbeit in der BRD*, Hamburg: Diplomatica Verlag, 1988, S.11-12.

Die Organisation einer optimalen Verwertungsbedingung besteht aus einer Umwandlung von unproduktiven Sektoren in brauchbare, die dann so Produktivität sichern.⁶¹ Das damalige Wirtschaftswunder der Bundesrepublik Deutschland beruhte daher auf den Prinzipien von freiem Wettbewerb, Arbeitskraft und Gewinnmaximierung. Diese Gewinnmaximierung wurde während vielen Jahren durch die industrielle Massenfabrikation mit Hilfe des Fließbands und methodischen Arbeitsorganisation (Fordismus und Taylorismus) ermöglicht.⁶²

2.2.2. Drei Krisen

Zu Zeiten der drei größten Krisen, nämlich die des Ölpreis Schocks, der Roten Armee Fraktion und des Nato-Doppelbeschlusses, brauchte die BRD einen Kanzler mit fester Hand. Obwohl der Name Helmut Schmidts im Grunde genommen mit keinem bahnbrechenden historischen Ereignis verbunden ist (wie Brandt und die Öffnung nach Osten oder Kohl mit der Wiedervereinigung), konnte er die BRD durch diese drei großen Krisen führen.⁶³

Schmidt ersetzte am 6. Mai 1974 seinen Vorgänger Willy Brandt der wegen der „Agentenaffäre Guillaume“ als Kanzler zurücktrat.⁶⁴ Günter Guillaume war nämlich ein Spion der östlichen Stasi dem es 1970 gelang, als Mitarbeiter des Bundeskanzleramts beauftragt zu werden und so wurde er 1972 der persönliche Referent des Bundeskanzlers Willy Brandt.⁶⁵

Die erste Krise, die Helmut Schmidt bewältigen musste war die der Weltwirtschaft wegen des Ölpreisschocks von 1973. Das Rohöl wurde von den arabischen Ländern beschränkt, weil sie Israel dazu zwingen wollten sich aus den besetzten Gebieten Palästinas zurückzuziehen. Der Exportüberschuss der BRD litt unter diesen Bedrängnissen, da jeder fünfte Arbeiter von diesem wichtigen Export abhing.⁶⁶ Das Wirtschaftswachstum reduzierte sich auf 4,7 Prozent und die Arbeitslosigkeit stieg in einem Jahr von 1,6 auf 2,7 Prozent. 1975 suchten ungefähr eine Millionen Menschen eine Arbeit.⁶⁷ SPD und FDP formten eine Zweckgemeinschaft um diese dringenden Probleme zu lösen. Helmut Schmidts Worte zu dieser Zeit waren: „In einer Zeit

⁶¹ Schupp Thomas. *Sozioökonomischer Kontext von Leiharbeit in der BRD*, Hamburg: Diplomica Verlag, 1988, S.12-13.

⁶² Schupp Thomas, *Sozioökonomischer Kontext von Leiharbeit in der BRD*, Diplomica Verlag, Hamburg, 1988, S.12-13.

⁶³Winkler Heinrich-August. 2015. *Die Zeit Online: Der Kanzler der Krisen*. Online. <<http://www.zeit.de/2015/46/helmut-schmidt-heinrich-august-winkler/komplettansicht?print>>. Abgerufen am 21.03.2017.

⁶⁴ Ibid.

⁶⁵Schreiber Hermann. 2003. *Die Zeit Online: der Kanzler und sein Spion*. Online. <<http://www.zeit.de/2003/40/P-Schreiber>>. Abgerufen am 21.03.2017.

⁶⁶ Winkler Heinrich-August. 2015. *Die Zeit Online: Der Kanzler der Krisen*. Online. <<http://www.zeit.de/2015/46/helmut-schmidt-heinrich-august-winkler/komplettansicht?print>>. Abgerufen am 21.03.2017.

⁶⁷Wahl Alfred. *L'Allemagne de 1945 à nos jours: L'Allemagne sans États (1945-1949)*, Paris : Armand Collin, 2009, S.225.

weltweit wachsender Probleme konzentrieren wir uns in Realismus und Nüchternheit auf das Wesentliche, auf das, was jetzt notwendig ist, und lassen anderes beiseite.“⁶⁸ Es lässt sich behaupten, dass dank Bundeskanzler Schmidts Politik die BRD diese Wirtschaftskrise besser als andere Industrieländer überstand. Er wendete sich nämlich sofort einer europäischen Kooperation zu, wie zum Beispiel mit dem damaligen französischen Präsidenten Valéry Giscard d’Estaing die später zu einen „deutsch-französischen Tandem“ für westeuropäischen Einigungen wurde.⁶⁹ Im November 1975 fand das erste Treffen der „Großen Sechs“ in Paris statt. Zusammen legten BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, USA und Japan gemeinsame wirtschaftliche Ziele fest und zwar die Arbeitslosigkeit und die Inflation zu bekämpfen.⁷⁰

Als zweite große Krise gilt in den 70er Jahren der Terrorismus der Roten Armee Fraktion. Die RAF war eine linksextremistische und terroristische Vereinigung der BRD. Diese kommunistische und antiimperialistische Gruppe beging 33 Morde.⁷¹ Die RAF war z.B. Täter der Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback und vom Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank Jürgen Ponto.⁷² Die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer und die Ermordung seines Fahrers und zweier Polizisten wurde ebenfalls durch ein RAF Kommando begangen.⁷³ Eine solche gewalttätige innere Krise setzte die BRD und Schmidt in eine wichtige Zwangslage. Gab man den Attentaten und Erpressungen von der RAF nach bedeutete es, dass man vor dem Terrorismus resignierte. Im Fall der Entführung Schleyers beschloss die BRD standhaft zu bleiben: "Der Staat muss darauf mit aller Härte antworten." (H. Schmidt)⁷⁴

Die Rote Armee Fraktion wollte nämlich durch diese Entführung und die eines Lufthansa Flugzeuges die Freiheit dreier RAF Kommandos die zu dieser Zeit im Gefängnis Stuttgart-Stammheim waren, erpressen. „Der Terrorismus hat auf Dauer keine Chance. Denn gegen den

⁶⁸ Winkler Heinrich-August. 2015. *Die Zeit Online: Der Kanzler der Krisen*. Online. <<http://www.zeit.de/2015/46/helmut-schmidt-heinrich-august-winkler/komplettansicht?print>>. Abgerufen am 21.03.2017.

⁶⁹ Ibid.

⁷⁰ Ibid.

⁷¹ Kirsch Jan-Holger u. Vowinckel Annette. 2007. *Zeitgeschichte Online: Die RAF als Geschichte und Gegenwart*. Online. <<http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/die-raf-als-geschichte-und-gegenwart>> Abgerufen am 21.03.2017.

⁷² Winkler Heinrich-August. 2015. *Die Zeit Online: Der Kanzler der Krisen*. Online. <<http://www.zeit.de/2015/46/helmut-schmidt-heinrich-august-winkler/komplettansicht?print>>. Abgerufen am 21.03.2017.

⁷³ Kirsch Jan-Holger u. Vowinckel Annette. 2007. *Zeitgeschichte Online: Die RAF als Geschichte und Gegenwart*. Online. <<http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/die-raf-als-geschichte-und-gegenwart>> Abgerufen am 21.03.2017.

⁷⁴ Winkler Heinrich-August. 2015. *Die Zeit Online: Der Kanzler der Krisen*. Online. <<http://www.zeit.de/2015/46/helmut-schmidt-heinrich-august-winkler/komplettansicht?print>>. Abgerufen am 21.03.2017.

Terrorismus steht nicht nur der Wille der staatlichen Organe, sondern der Wille des ganzen Volkes." (H. Schmidt) ⁷⁵

Da Bundeskanzler Schmidt sich dafür entschieden hatte, solchen den Forderungen keinesfalls nachzugehen, folgten die Ermordung Schleyers und wenige Stunden später der Suizid der RAF Mitglieder.⁷⁶ Helmut Schmidt ließ eine geschwächte linksextremistische Gruppe hinter sich was dem Rechtsstaat einen neuen Respekt des Volkes brach. ⁷⁷

Bei der dritten großen Krise ging es um das Ungleichgewicht zwischen Osten und Westen. Obwohl es eine Phase von Entspannung gibt, wird die Situation des Kalten Weltkrieges kurz vor den 80er Jahren wieder kritisch. Der Westen hatte nämlich das Gefühl, dass neue Mittelstreckenraketen der Sowjetischen Union den Westen bedrohten.⁷⁸ Helmut Schmidt wollte also mit seinem „NATO-Doppelbeschluss“ dies verhindern. Eine „beiderseitige Abrüstung“ wäre das beste gewesen, doch es blieb nur die Eventualität mit einer westlichen Nachrüstung zu antworten. Der Bundeskanzler hatte während dieser Krise den US-Präsidenten Carter, den französischen Präsidenten Giscard d’Estaing und den britischen Premierminister Callaghan auf seiner Seite. Durch den Nato-Doppelbeschluss von 1979 wurde vereinbart, dass die USA und die Sowjetische Union einer Beschränkung der Waffen zustimmen sollten. Wäre der Osten damit nicht einverstanden, würde der Westen ebenfalls in neue Mittelstreckenraketen investieren. Es folgten Meinungsverschiedenheiten, da ein Teil sehr pazifistisch war und man eine wachsende Friedensbewegung feststellte. Ihrer Meinung nach wäre eine Wettrüstung eine Gefahr für den aktuellen Frieden. ⁷⁹

Im Nachhinein kann man sagen, dass der Nato-Doppelbeschluss bewies, dass der Westen die feste Initiative hatte vor dem sowjetischen Druck nicht zurückzuweichen. ⁸⁰

⁷⁵ *Berliner Zeitung Schmidt-Rede wird Viral-Hit "Der Terrorismus hat auf Dauer keine Chance"*. Online. <<http://www.berliner-zeitung.de/politik/schmidt-rede-wird-viral-hit--der-terrorismus-hat-auf-dauer-keine-chance--25361826>>. Abgerufen am 21.03.2017.

⁷⁶ Sontheimer Michael: *Spiegel Online: Der Mann der die RAF besiegte*; Online. <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/helmut-schmidt-der-kanzler-der-die-raf-besiegte-a-1062136.html>>. Abgerufen am 21.03.2017.

⁷⁷ Winkler Heinrich-August. 2015. *Die Zeit Online: Der Kanzler der Krisen*. Online. <<http://www.zeit.de/2015/46/helmut-schmidt-heinrich-august-winkler/komplettansicht?print>>. Abgerufen am 21.03.2017.

⁷⁸ Ibid.

⁷⁹ Ibid.

⁸⁰ Ibid.

3. Soziale Umwälzungen vor der Wende

3.1. Flüchtlinge von der DDR in die BRD – eine demographische Umwälzung

Ab April 1989 begann die UdSSR ihre Rückzugspolitik zu verwirklichen und zog die auf ungarischem Boden stationierten Truppen zurück. Zu diesem Zeitpunkt gab es eine gewisse „politische Lockerung“ da die Bildung von unabhängigen Parteien erlaubt wurde. Die Zensur wurde entspannt und der Streik- oder Demonstrationsrecht wurde anerkannt.⁸¹

Ungarn trat der Vereinbarung des Flüchtlingsstatus der Vereinten Nationen bei. Es wurde also verboten Migranten in ihr Ursprungsland zurückzuweisen.⁸² Zu diesem Zeitpunkt hatte Ungarn dementsprechend eine Öffnung, und auf einer eher metaphorischen Ebene schrieb Helmut Kohl, dass „Ungarn den ersten Stein der Mauer ausgerissen“⁸³ hatte.

Ungarn öffnete dann definitiv seine Grenzen am 11. September 1989 und zwar in Widerspruch zu der ostdeutschen Abmachung, denjenigen den Ausgang zu verbieten, die nicht mit einer offiziellen Genehmigung ausgestattet waren. Rund 15 000 DDR-Bürger gingen im Zeitraum von nur 3 Tagen über die Grenze. Diese Zahl stieg sogar auf 30 000 am Ende desselben Monats.⁸⁴

Die DDR protestierte wie erwartet gegen diese Öffnung, doch der sowjetische Außenminister Chevernadzé gab als Antwort, dass diese Situation die UdSSR nicht betreffe.⁸⁵ Dies kann man ebenfalls auf die Rede Gorbatschows am 40. Jahrestag in Ost-Berlin zurückweisen der sagte: „[...] Vor allen Dingen sollten unsere westlichen Partner davon ausgehen, dass die Fragen, die die DDR betreffen, nicht in Moskau, sondern in Berlin entschieden werden.“⁸⁶ Die UdSSR verfolgte unter diesem Standpunkt ihre eigenen nationalen Zielsetzungen.

Wichtig bleibt es auch zu betonen, dass Ungarn zu dieser Zeit eine Schuld von 17 Milliarden Dollar gegenüber dem Westen hatte. Bundeskanzler Kohl bat ohne warten seine Finanzielle Hilfe an. Ungarn wurde zum ersten östlichen Land das sich dem Europäischen Rat anschloss.

⁸¹ Renaud Guy. *L'Unification de l'Allemagne*. Paris : Ellipses, 2000, S. 51.

⁸² Ibid. S. 52.

⁸³ Kohl Helmut. *Ich wollte Deutschlands Einheit*, Berlin: Ullstein Tb, 2000, S.208.

⁸⁴ Renaud Guy. *L'Unification de l'Allemagne*. Paris : Ellipses, 2000, S. 53.

⁸⁵ Ibid.

⁸⁶ Hertle Hans-Hermann. *Der Fall der Mauer: Die unbeabsichtigte Selbstaflösung des SED-Staates*. Berlin: Springer Verlag, 2013. S. 119.

3.2. Dissidenten und pazifistische Bewegungen

Die damalige Unzufriedenheit in Ostdeutschland wurde durch pazifistische Bewegungen ausgedrückt.⁸⁷

Frieden war eine der Forderungen. Obwohl die DDR sich als eine Republik des Friedens darstellen wollte, war sie Mitglied des Warschauer Paktes. Der Grund dafür liegt darin, dass der bedingungslose Frieden nicht den Forderungen eines sozialistischen Staates entspricht da dieser in der Lage sein soll sich gegen die Opposition zu wehren.⁸⁸ Diese pazifistischen Bewegungen wehrten sich auch gegen die militärische Bildung in den DDR-Schulen bei den Jugendlichen von 15-16 Jahren.⁸⁹ Ein neues Militärgesetz in den 80er Jahren das vorsah, dass Frauen zwischen 18-50 Jahren zu einem Wehrdienst gezwungen werden konnten, wenn es die Lage erforderte, brachte das Fass zum überlaufen. Es entstanden Bewegungen wie „Frauen für den Frieden“ in Dresden und Leipzig.⁹⁰

Im Jahre 1982 formulierten Pfarrer Rainer Eppelmann und Robert Havemann einen Brief mit den Forderungen dieser pazifistischen Bewegungen, hier ein paar Beispiele⁹¹:

- Die Zerstörung aller Nuklearwaffen in Europa
- Die Entwicklung einer atomwaffenfreien Zone
- Die Abschaffung des Militärunterrichts in den DDR-Schulen und die Einführung eines „Friedensdienstes“ um den Wehrdienst zu ersetzen.⁹²

Ein anderer Unzufriedenheitsgrund der Ostbürger vor der Wende war die Umwelt. Die Ämter spielten die Auswirkungen der Luft- und Wasserverschmutzung sowie die Gefahr von Kernenergie herunter⁹³. So entstand 1986 eine „Umweltbibliothek“ wo Mitglieder der Kirchengemeinde Sion in Berlin Informationen über diese Risiken sammelten. Die Umweltbibliothek wurde ein Ort der Zusammenkunft für ökologische Partisanen. Eine Zeitschrift unter den Namen *Umweltblätter* wurde veröffentlicht und in den Kirchengemeinden verteilt.⁹⁴ Darin konnte man Informationen lesen die gewöhnlich zensiert waren, deshalb

⁸⁷ Renaud Guy: *L'Unification de l'Allemagne*, Paris : Ellipses, 2000, S. 61.

⁸⁸ Ibid.

⁸⁹ Ibid. S. 62.

⁹⁰ Ibid.

⁹¹ Ibid. S. 63.

⁹² Ibid.

⁹³ Ibid. S. 64.

⁹⁴ Ibid.

musste es die Erwähnung „nur zum innerkirchlichen Gebrauch“⁹⁵ tragen. Die meisten Berichte dieser Zeitschrift kamen von der Grünen Partei der BRD.⁹⁶

Es ist offensichtlich, dass auf sozialer Ebene die Opposition innerhalb der DDR vor der Wende immer mehr stieg. Die Kirche und neue Umweltbewegungen in Ostdeutschland führten zu Vereinigungen von Bürgern, die sich gegen den sozialistischen Staat äußerten.

Trotz der verfassungsmäßigen Erlaubnis ihre Religion frei auszuüben, war ein großer Teil der DDR-Bürger Atheist.⁹⁷ Der Grund dafür war wahrscheinlich die marxistische-leninistische Weltanschauung, die sich von der Kirche sehr unterschied.⁹⁸ Die theologische Fakultät hatte sogar ihre eigene Struktur und war vom Staat total unabhängig. Diese eingeschränkten „Freiheitsorte“ wurden deshalb von der Opposition wie Umweltschützer, Verteidiger der Menschenrechte und alle die für die pazifistischen Bewegungen waren, häufig besucht.⁹⁹ Während der 1980er Jahre spionierte die Stasi diese kirchlichen Kreise, da die Koordination der pazifistischen Opposition um 1983 in diesen Räumen stattfand und immer mehr Befürworter fand.¹⁰⁰

Im Laufe des Oktobers 1989 fanden immer mehr Friedensmanifestationen statt. Die ersten hatten am 11. September in Leipzig stattgefunden. Verhaftungen machten diese Montagsdemonstrationen immer mehr populärer. Am 2. Oktober zählte man bis zu 20 000 Demonstranten, am 16. desselben Monats stieg die Zahl auf 120 000 Personen. Am 4. Oktober verlangten Mitglieder der Demokratischen Bewegungen freie Wahlen unter Kontrolle der UNO.¹⁰¹

3.3. Gefälschte Kommunalwahlen 1989

Die SED-Partei kam bei den Kommunalwahlen in der DDR immer auf einen Stimmenanteil von 99%, trotz der steigenden Unzufriedenheit. Deshalb beschlossen „Bürgerrechtler“ bei den Stimmenauszählungen der Kommunalwahlen des 7. Mai 1989 anwesend zu sein.¹⁰²

⁹⁵ Renaud Guy: *L'Unification de l'Allemagne*, Paris: Ellipses, 2000, S.65.

⁹⁶ Ibid. S.64.

⁹⁷ Posener Alan. 2013. *Welt: Ostdeutschland- die ungläubigste Region der Welt*. Online. <<https://www.welt.de/politik/deutschland/article114889749/Ostdeutschland-die-unglaeubigste-Region-der-Welt.html>> Abgerufen am 6. Juni. 2017.

⁹⁸ Renaud Guy: *L'Unification de l'Allemagne. Les Églises dans l'Opposition?* Ellipses, Paris, 2000, S. 71.

⁹⁹ Ibid.

¹⁰⁰ Ibid. S.74-75.

¹⁰¹ Wahl Alfred, *L'Allemagne de 1945 à nos jours. Immobilisme et écroulement de la RDA (1980-1990)*, Paris: Armand Colin, S.303.

¹⁰² Richter C. und Kellerhoff S.F. 2009. *WELT: Wie vor 20 Jahren das Ende der DDR begann*. Online. <<https://www.welt.de/politik/article3691578/Wie-vor-20-Jahren-das-Ende-der-DDR-begann.html>>. Abgerufen am 05.07.2017.

Paragraf 37 des Wahlgesetzes der DDR lautet nämlich, „§ 37. (1) Die Auszählung der Stimmen erfolgt im Wahllokal. Sie ist öffentlich und wird vom Wahlvorstand durchgeführt.“¹⁰³ Dementsprechend hatten die Bürger das Recht auf Wahlbeobachtung. Die Lokale der Stimmenauszählungen waren jedoch nicht so einfach zu finden, da diese oft nicht öffentlich verbreitet wurden. Man kann von einem Verstoß gegen die Verfassung des DDR-Wahlgesetzes sprechen, in dem geschrieben steht: „§ 30. (1) Für jeden Wahlbezirk ist durch den Rat der Stadt, des Stadtbezirkes bzw.: der Gemeinde ein Wahllokal einzurichten. Die Wahllokale werden gleichzeitig mit der Einteilung der Wahlbezirke öffentlich bekanntgegeben.“¹⁰⁴

Die offiziellen Wahlergebnisse wurden im DDR-Fernsehen bekannt gegeben. 1989, erhielt die SED wieder rund 99% Ja-Stimmen. Die Bürger konnten dank der Wahlbeobachtungen beweisen, dass die offiziellen Ergebnisse gefälscht waren. In manchen Bezirken gab es nämlich bis zu 20% Nein-Stimmen, die die 1,15% Ablehnung der Ergebnisse mathematisch unmöglich machte.¹⁰⁵

Ein anderer Beweis der gefälschten SED-Ergebnisse war die Erscheinung des Parteiblatts „Neues Deutschland“¹⁰⁶, das die Wahlergebnisse auf Ebene der verschiedenen DDR Stadtbezirke bekannt gab. Nimmt man das Beispiel vom Bezirk Weißensee hätten 43.042 Bewohner gewählt. Die „Bürgerrechtler“ hatten hingegen nur 27.680 Stimmen gezählt, darunter 2224 Nein-Stimmen. Unter den angeblichen 43.042 Wählern gab es laut „Neues Deutschland“ nur 1011 offizielle Gegenstimmen. Der Wahlbetrug wurde für die DDR-Bürger offensichtlich und Aktivisten stellten „Strafanzeige gegen Unbekannt“ und informierten heimlich westliche Berichtersteller. Die „Umweltbibliothek“ druckte illegal das Dokument „Wahlfall 1989“ und die Opposition rief auf, jeden 7. des Monats gegen den Betrug zu demonstrieren.^{107 108}

Die fünfte Demonstration lief am 7. Oktober 1989 ab, dem 40. Jahrestag der DDR. Diese wurde aber mit Brutalität von der Polizei unterdrückt.¹⁰⁹

¹⁰³ *Verfassungen: Gesetz über die Wahlen zu den Volksvertretungen der Deutschen Demokratischen Republik.* Online. < <http://www.verfassungen.de/de/ddr/wahlgesetz76.htm> > Abgerufen am 05.07.2017.

¹⁰⁴ Ibid.

¹⁰⁵ Richter C. und Kellerhoff S.F. 2009. *WELT: Wie vor 20 Jahren das Ende der DDR begann.* Online. <<https://www.welt.de/politik/article3691578/Wie-vor-20-Jahren-das-Ende-der-DDR-begann.html>>. Abgerufen am 05.07.2017.

¹⁰⁶ Beilage 4

¹⁰⁷ Beilage 5

¹⁰⁸ Richter C. und Kellerhoff S.F. 2009. *WELT: Wie vor 20 Jahren das Ende der DDR begann.* Online. <<https://www.welt.de/politik/article3691578/Wie-vor-20-Jahren-das-Ende-der-DDR-begann.html>>. Abgerufen am 05.07.2017.

¹⁰⁹ Ibid.

Auf sozialer Ebene kann man also sagen, dass es vor der Wende immer mehr Druck zwischen dem Volk und den höheren Instanzen gab. Die DDR-Bürger wollten unter anderem Veränderung, Ehrlichkeit und Gerechtigkeit.

3.4. Reaktionen der Regierungsinstanz

Im Laufe von 1989 war also der Zerfall der DDR bereits absehbar. Doch trotz dieser immer weiter steigenden Opposition und Auswanderungen scheint DDR-Staatschef Erich Honecker noch davon überzeugt, dass der Sozialismus eines Tages gewinnen würde:

„Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.“
(E. Honecker, Erfurt, 14. August 1989)¹¹⁰

Nur drei Monate vor dem Mauerfall stellte er nämlich den ersten 32-bit-Mikroprozessor vor, der im Osten produziert wurde. Gleichzeitig führte er das Kredo des realen Sozialismus an. Doch zur selben Zeit träumte ein großer Teil des Volkes von einem ganz anderen Fortschritt¹¹¹, und zwar dem einer neuen deutschen Einheit.

Auf der westlichen Seite sprach Helmut Kohl bereits 1986 von seinem Wunsch, Deutschland eines Tages wiedervereinigt zu sehen. Während der Gedenkstunde zum 25. Jahrestag des Mauerbaus sagte er in Berlin:

*„Solange es Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl gibt, kann von Normalität in Deutschland keine Rede sein. (...) Solange Deutschen die Freiheit vorenthalten wird, solange grundlegende Menschen- und Bürgerrechte mitten in Deutschland verletzt werden - solange bleibt auch die deutsche Frage offen. (...) Trotz unvereinbarer Grundpositionen und Grundsätze und unterschiedlicher Zielsetzungen sind wir zur Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen in der DDR und zu einer Politik der kleinen Schritte zum Wohle der Menschen bereit. (...) Mit der Teilung Berlins, Deutschlands und Europas, mit Unfreiheit und Diktatur, mit Mauer und Stacheldraht werden wir uns niemals abfinden. Wir lassen nicht ab von der Einheit der Nation und dem Ziel aller Deutschen, wie es der Text des Liedes der Deutschen sagt: dass wir gemeinsam nach Einigkeit und Recht und Freiheit streben wollen.“*¹¹²

¹¹⁰ Renaud Guy. *L'Unification de l'Allemagne. L'Opposition en RDA*. Paris : Ellipses, 2000, S. 75.

¹¹¹ Robert Birnbaum. 2014. *Der Tagesspiegel: 25 Jahre Mauerfall. Als Honecker Ochs und Esel bemühte*. Online. <<http://www.tagesspiegel.de/politik/25-jahre-mauerfall-als-honecker-ochs-und-esel-bemuehte/1625224-all.html?print=true>> Abgerufen am 7. Juni 2017.

¹¹² Konrad-Adenauer-Institut Sankt Augustin. *Helmut Kohl: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr.93 (15. August 1986)*. Online. <http://www.helmut-kohl-kas.de/index.php?menu_sel=15&menu_sel2=213&menu_sel3=120>. Abgerufen am 09.06.2017.

(H. Kohl, 15. August 1986, Berlin)

Ein paar Jahre später, hielt er 1989 vor der Frauenkirche in Dresden eine Rede, in der er sagte: „Mein Ziel bleibt, wenn die geschichtliche Stunde es zulässt, die Einheit unserer Nation.“¹¹³

Die Zukunft der ost-und-westdeutschen Bürger war in diesem Sinne ein gemeinsamer Weg und eine demokratisch gewählte Regierung im Osten. Durch diese Reaktionen der Regierungsinstanzen wurden zwei miteinander unvereinbaren Positionen zur Geltung gebracht. Im Osten trug Erich Honecker sogar noch kurz vor der Wende seine Scheuklappen und dachte, dass nichts und niemand den Sozialismus aufhalten könne. Im Westen hingegen, sprach Helmut Kohl bereits schon lange vor der Wende von seinem Wunsch eines Tages Deutschland zu vereinigen und davon, dass die Situation im Osten, die keinesfalls einer Demokratie entsprach, nicht weiterkommen konnte.

¹¹³ Konrad-Adenauer-Institut Sankt Augustin. *Helmut Kohl: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr.93 (15. August 1986)*. Online. <http://www.helmut-kohl-kas.de/index.php?menu_sel=15&menu_sel2=213&menu_sel3=120>. Abgerufen am 09.06.2017.

Teil 2: Die Wende auf sozioökonomischer Ebene

4. Die Wende: Zusammenbruch und Neuanfang

Der neugewählte SED-General Sekretär Egon Krenz verkündete, dass die damaligen Probleme durch die Politik gelöst werden konnten. Doch die Anzahl der Flüchtlinge stieg immer mehr und die Opposition verlangte unmittelbare Reformen. Man zählte bis zu 300 000 Demonstranten in Leipzig.¹¹⁴

Die wirtschaftliche Lage war im Osten so schlecht, dass Krenz am 26. Oktober den Bundeskanzler Helmut Kohl kontaktierte und so ein Zeichen von Schwäche zeigte. Die DDR fragte nach einem Kredit von ungefähr 13 Milliarden DM, eine Gelegenheit für Kohl die freien Wahlen in der DDR als Gegenleistung aufzudrängen.¹¹⁵

Es sind diese Umstände, die in der Nacht des 9. November 1989 zu einem entscheidenden Ereignis führten. Die Regierungsinstanz entschied sich dazu, den freien Verkehr zwischen Osten und Westen ohne Genehmigung zu erlauben. Der Staat hoffte mit diesem Kompromiss den Exodus aufhalten zu können.¹¹⁶ SED-Mitglied Günther Schabowski teilte dies bei einer Pressekonferenz mit, als ein Journalist ihn am Ende fragte, ab wann die neue Regelung für Ausreisen gelten würde. Darauf stammelte Schabowski: „Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.“¹¹⁷ Diese Direktübertragung wurde von vielen Zuschauern verfolgt und eine Menschenmenge versammelte sich vor der Mauer und dem Checkpoint Charlie, den die Wächter unter Druck öffneten. Tausende von DDR und BRD-Bürger konnten in dieser Nacht die Grenze einfach überqueren.¹¹⁸ Dieses Ereignis war eigentlich nicht die direkte Absicht der SED denn diese neue Ausreiseregulation sollte kontrolliert und geregelt bleiben.¹¹⁹ Die kurze Ausreise in die BRD rief aber im Bewusstsein der DDR-Bürger schon ein Gefühl von Wiedervereinigung hervor.

¹¹⁴ Wahl Alfred, *L'Allemagne de 1945 à nos jours. Immobilisme et écroulement de la RDA*, Paris: Armand Colin, 2009, S.304.

¹¹⁵ Ibid.

¹¹⁶ Ibid.

¹¹⁷ Kellerhoff Sven. 2015. *Welt: „Nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich“*. Online. <https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article148313415/Nach-meiner-Kenntnis-ist-das-sofort-unverzueglich.html>. Abgerufen am 7. Juni 2017.

¹¹⁸ Wahl Alfred, *L'Allemagne de 1945 à nos jours. Immobilisme et écroulement de la RDA*, Paris: Armand Colin, 2009, S.304.

¹¹⁹ Kellerhoff Sven. 2015. *Welt: „Nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich“*. Online. <https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article148313415/Nach-meiner-Kenntnis-ist-das-sofort-unverzueglich.html>. Abgerufen am 7. Juni 2017.

4.1. Von „Wir sind das Volk“ zu „Deutschland einig Vaterland“

Am 20. November, skandierten tausende von Demonstranten in den Straßen Leipzigs die schnell berühmten Worte „Deutschland einig Vaterland!“. Am selben Tag ging der Bundesminister für besondere Aufgaben, Rudolf Seiters, in den Osten um den damaligen neuen Ministerpräsident Hans Modrow zu treffen. Durch dieses Gespräch wollte der BRD Bundesminister mehr über die Absichten des Ostens lernen.¹²⁰

4.1.2. Helmut Kohl Zehn-Punkte-Programm

Doch wie wurde die Vereinigung solcher gründlich unterschiedlichen Systeme ermöglicht? Bundeskanzler Kohl legte am 28. November 1989 im Bundestag sein „Zehn-Punkte-Programm“ vor. Man spricht von „Programm“ und nicht von „Plan“ um keine Gedankenverknüpfungen mit vorherigen „Deutschlandplänen“ hervorzurufen.¹²¹

Am vorigen Tag verkündete er in seiner eigenen Partei, der CDU, dass er die Idee eines „Stufenplans“ für die Vereinigung hatte. Am nächsten Tag begann der Bundeskanzler seinen Bericht über die gegenwärtige Lage und Innenpolitik und verlas sein Zehn-Punkte-Programm am Ende dieser Sitzung. Dieses Programm kann man in zwei Teile gliedern, da die ersten fünf Punkte die innerdeutsche Entwicklung betreffen. Die Punkte sechs bis zehn sind mehr auf einer „internationalen Ebene“:¹²²

1. Sofortmaßnahmen: Unter anderem die Möglichkeit frei ein- und auszureisen
2. Fortführung der ökonomischen, technologischen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westdeutschland
3. Ausweitung der Bundesdeutschen Hilfe als ein „grundlegender Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR verbindlich beschlossen und unumkehrbar in Gang gesetzt wird“
4. Eine „Vertragsgemeinschaft“¹²³, d.h. Gemeinsame Institutionen, Wirtschaft, Vertreter, Umweltschutz, Wissenschaft, Gesundheit und Kultur
5. Zuerst eine „Konföderative Struktur“ mit dem Ziel eine „Föderation“ zu schaffen

¹²⁰ Wahl Alfred, *L'Allemagne de 1945 à nos jours : Immobilisme et écroulement de la RDA*, Paris : Armand Colin, 2009, S.304.

¹²¹ Lingen Markus, Konrad-Adenauer-Stiftung Sankt Augustus. *Zehn-Punkte-Programm zur Deutschlandpolitik 1989*. Online. <www.helmut-kohl-kas.de/index.php?msg=559>. Abgerufen am 08. Juni.2017.

¹²² Ibid.

¹²³ Bundesarchiv Berlin. 2015. *Bundesarchiv: Weg zur deutschen Einheit*. Online. <https://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/04752/index-6.html.de> Abgerufen am 08.Juni 2017.

6. Weitere Entwicklung der Ost-West-Beziehungen, d.h. dass das neue Deutschland sich Europa anpassen muss und umgekehrt
7. Fortführung der europäischen Einigung und ihre Ausdehnung auf die ehemaligen kommunistischen Staaten
8. Eine Verständigung über Menschenrechte, wirtschaftliche Zusammenarbeit, kulturelles Erbe und Umweltfragen
9. „weitreichende und zügige Schritte in der Abrüstung und Rüstungskontrolle“ um den Nuklearbestand der zwei Supermächten (USA und UdSSR) zu reduzieren
10. „Zustand des Friedens in Europa“ durch eine deutsche Wiedervereinigung¹²⁴

Die Sowjetische Union forderte sofort, dass zwei Staaten erhalten bleiben durch die offizielle Anerkennung der Grenze Oder-Neiße¹²⁵. Der Europäische Rat hingegen verlangte, dass die Wiedervereinigung durch eine Ost-West-Zusammenarbeit entstehen sollte. Bundeskanzler Kohl lehnte die Anerkennung der Oder-Neiße Grenze zuerst ab (offizielle Anerkennung am 21. Juni 1990) und traf endlich den DDR-Ministerpräsident Modrow am 19. Dezember. Es folgten in den nächsten Tagen viele Auswanderungen, vor allem nach der Öffnung des Brandenburger Tors am 22. Dezember. Ungefähr 50 000 Ostbürger kamen im Januar 1990 nicht zurück.¹²⁶

4.1.3. UdSSR und Wiedervereinigung

Die Sowjetische Union hatte eine wichtige Rolle im Wiedervereinigungsprozess. Lange Zeit war ihre Position klar und eindeutig, wie sowjetischer Außenminister Andrej Gromyko sagte: „Die deutsche Teilung ist ein Urteil der Geschichte. Jener der sie anrührt, setzt den Frieden ins Spiel.“¹²⁷ Sogar im Dezember 1989 nach einem Gipfeltreffen mit George Bush verharrte Mikhaïl Gorbatschow auf dieser Position. Wichtige Fragen sollten zuerst beantwortet werden bevor es überhaupt zu einer Einführung des Wiedervereinigungsprozesses kommen sollte. Die UdSSR brauchte also erst ein Vertrauensklima mit der BRD, zu dem Helmut Kohl stark beitrug.¹²⁸

4.1.4 Reaktionen in Europa

Während dem Vereinigungsprozess zeigte Frankreich keine wirkliche Begeisterung und schien wie Großbritannien, den Vorgang sogar zu verlangsamen. Am 6. Dezember 1989 erklärte der

¹²⁴ Lingen Markus, Konrad-Adenauer-Stiftung Sankt Augustus. *Zehn-Punkte-Programm zur Deutschlandpolitik 1989*. Online. <www.helmut-kohl-kas.de/index.php?msg=559>. Abgerufen am 08. Juni.2017.

¹²⁵ Heute : deutsch-polnische Grenze.

¹²⁶ Wahl Alfred. *L'Allemagne de 1945 à nos jours. Immobilisme et écroulement de la RDA*, Paris : Armand Colin, 2009, S.309.

¹²⁷ Renaud Guy. *L'Unification de l'Allemagne. Les Aspects Extérieurs de l'Unification Allemande*, Paris : Ellipses, 2000, S. 128.

¹²⁸ Ibid. S. 129.

Französische Präsident Mitterand, dass die Veränderung jener Grenze zu kurzfristig und ein destabilisierender Faktor für Europa wäre. Denn solange Frankreich ein Teil der „Schutzkräfte“ in Deutschland war, genoss das Land eine wichtige diplomatische Rolle. Durch eine eventuelle Wiedervereinigung würde Frankreich diese Rolle jedoch verlieren. Deutschland würde so eine neue demographische und wirtschaftliche Dimension haben, und somit die Befürchtungen, die es seit dem Ende des zweiten Weltkrieges noch gab, wiederbeleben.¹²⁹

Die hauptsächlichen Anliegen des französischen Präsidenten waren also hauptsächlich die Zukunft und Stabilität Europas, sowie die Rollen der Allianzen und die Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze. Am 20. Januar 1990 teilte Premierministerin Margaret Thatcher während eines Gespräches mit Mitterand im Elysee-Palast ebenfalls ihre Sorgen mit. Im Gegenteil zu Thatcher war der französische Präsident nicht gegen eine Wiedervereinigung, sondern eher gegen den entscheidenden Zeitpunkt.¹³⁰

Im Laufe des Oktobers 1990, also nach dem offiziellen Tag der Deutschen Einheit, konnte er diese Realität nicht mehr ignorieren und sagte, dass „die Aspiration des deutschen Volkes [...] natürlich legitim [ist].“ und dass er wegen der Wiedervereinigung keine Sorgen habe und dass es der Wille der deutschen Bürger sei der darüber beschließen würde, und niemand sich dagegen durchsetzen könne.¹³¹

4.2. Intellektuelle gegen eine deutsche Einheit

Obwohl die Mehrheit Deutschlands sich eine Wiedervereinigung wünschte, gab es auch Intellektuelle die sie ablehnten. Einer von ihnen war der - Schriftsteller und Maler Günter Grass. Seine Werke wurden von seinem politischen und gesellschaftlichen Engagement geprägt, wofür Günter Grass in 1999 den Nobelpreis für Literatur erhielt. Doch warum war er von vielen „Vaterlandsverräter“ genannt, gegen eine deutsche Wiedervereinigung?¹³²

Kurzgefasst war Grass gegen ein vom Westen aufgeschlucktes Ostdeutschland. In diesem Sinne war er nämlich gegen einen Sieg des Kapitalismus gegen das Volk der DDR: „Nein, einen durch Zugriff vergrößertes Vaterland will ich nicht.“ Schon in den sechziger Jahren, war er in der Tat gegen eine Wiedervereinigung und stattdessen für eine Konföderation. Eine Konföderation ist

¹²⁹ Renaud Guy. *L'Unification de l'Allemagne. Les Aspects Extérieurs de l'Unification Allemande*, Paris : Ellipses, 2000, S. 138.

¹³⁰ Bozo Frédéric, *Mitterand, la fin de la guerre froide et l'unification allemande. De Yalta à Maastricht*, Odile Jacob : Paris, 2005, S.131.

¹³¹ Renaud Guy. *L'Unification de l'Allemagne. Les Aspects Extérieurs de l'Unification Allemande*, Paris : Ellipses 2000, S. 137-138.

¹³² Grass Günter. 1990. *Zeit Online : Kurze Rede eines Vaterlandlosen Gesellen* <<http://www.zeit.de/1990/07/guenter-grass>>. Abgerufen am 18.Juli.2017.

ein „Zusammenschluss von Staaten, bei dem diese gleichberechtigt nebeneinander bestehen bleiben“, auch Staatenbund genannt. Einen deutschen Einheitsstaat hätte es in der Tat zuvor nur 75 Jahre gegeben und Günter Grass meint man solle sich darüber bewusst sein, welches Leid dieser Einheitsstaat verursacht hatte.¹³³

Mehrere Argumente unterstützen seine Idee von zwei konföderierten Staaten anstatt einer Einheit. Erstens würde eine deutsche Konföderation das „Nachkriegsverhältnis der beiden deutschen Staaten von Ausland zu Ausland aufheben“. Zweitens eine Konföderation der beiden deutschen Staaten erlaubt eine „eigenständige Gemeinsamkeit“. Drittens würde laut Grass eine Konföderation dem europäischen Einigungsprozess näher sein, als ein „überwichtiger Einheitsstaat“ und so die Nationalstaatlichkeit überwinden. Viertens würde ein Staatenbund die Vielfalt der deutschen Kultur einen und dies ohne eine nationalstaatliche Einheit zu proklamieren. Und endlich könnte eine Konfliktlösung durch eine Konföderation, weltweit ähnliche Konflikte inspirieren wie z.B. Korea.¹³⁴

Kurzum befürchtete Günter Grass, dass die Einheit nur unter westdeutschen Bedingungen verwirklicht würde und eine kapitalistische Marktwirtschaft fordern.¹³⁵

Ein anderer Intellektueller der den Wiedervereinigungsprozess öffentlich kritisierte war Jürgen Habermas, der deutsche Philosoph und Denker. Er kritisierte vor allem die Regierung Kohls, da „Die Einigung [...] von Kohl und anderen als ein reiner Verwaltungsakt betrachtet worden [sei] und nicht als ein normativ gewollter Akt der Bürger beider Staaten.“ In diesem Sinne kritisierte Habermas nicht die Idee von einer deutschen Einheit, aber doch den Prozess. In der „Zeit“ vom 30. März 1990, sprach er von dem Selbstbewusstsein der Bevölkerung, die sich in den sechziger Jahren auf pragmatische Weise herausgebildet hatte und so die Frage der „nationalen Identität zurücktreten ließ“. In diesem Artikel spricht er vom Historiker Wolfgang Mommsen dem zufolge dieses Selbstbewusstsein von folgenden Elementen geprägt sei:¹³⁶

- Eine Dethematisierung der Vergangenheit und eine „eher ungeschichtliche“ Definition des eigenen Standortes.
- Eine aggressive Abgrenzung gegenüber den Systemen Osteuropas, also eine antikommunistische Einstellung

¹³³ Grass Günter. 1990. *Zeit Online: Kurze Rede eines Vaterlandlosen Gesellen* <<http://www.zeit.de/1990/07/guenter-grass>>. Abgerufen am 18.Juli.2017.

¹³⁴ Ibid.

¹³⁵ Ibid.

¹³⁶ Jürgen Habermas. 1990. *Zeit Online: DM-Nationalismus*. <<http://www.zeit.de/1990/14/der-dm-nationalismus>> .Abgerufen am 18. Juli 2017.

- Eine Orientierung an den Werten und Verkehrsformen des Westens, besonders der USA
- Einen gewissen Stolz auf die eigene Wirtschaft. Eine erfolgreiche Wirtschaftsnation konstituiert ein Substitut für den fehlenden Nationalstolz.

Knapp drei Wochen nach dem Fall der Mauer am 26. November 1989, machte DDR-Schriftsteller Stefan Heym zusammen mit Christa Wolf, Wolfgang Berghofer, Günter Krusche, Sebastian Pflugbeil, Ulrike Poppe, Friedrich Schorlemmer, Konrad Weiß und Egon Krenz den Aufruf *Für unser Land* und gaben so zwei Vorschläge für das zukünftige Ostdeutschland: ¹³⁷

"Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, mit allen unseren Kräften in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in dem Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des Einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind. Oder: Wir müssen dulden, dass - veranlasst durch starke ökonomische Zwänge und durch unzumutbare Bedingungen, an die einflussreiche Kreise aus Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik ihre Hilfe für die DDR knüpfen - ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik Deutschland vereinnahmt wird. Lasst uns den ersten Weg gehen! Noch haben wir die Chance, eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln." ¹³⁸

Was zum Beispiel den Eintritt in die Marktwirtschaft betraf, ging es um das Ziel „in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln“. Die materiellen und moralischen Werte der DDR sollten dabei erhalten bleiben. ¹³⁹

Dieser Aufruf wurde am selben Tag der Veröffentlichung des 10-Punkte-Programms Kohls während einer Pressekonferenz gegeben. Dieser „Zufall“ wollte wahrscheinlich den schnellen Einheitsprozess verlangsamen. ¹⁴⁰

„Für unser Land“ wurde vor allem in den Ostmedien veröffentlicht und die Beendigung der Unterschriftenaktion im Januar 1990 zeigte auf klare Weise, dass im Endeffekt viele DDR-Bürger ihren Staat erhalten wollten (1,5 Millionen), während es nur -und eine kleine Anzahl an

¹³⁷ Grub Frank Thomas. *Wende und Einheit im Spiegel der deutschsprachigen Literatur: Untersuchungen*, Berlin: Walter de Gruyter, 2003, S.152-154.

¹³⁸ Ibid.

¹³⁹ Ibid.

¹⁴⁰ ARD. Deutsches Rundfunk Archiv. 2014. *Der Aufruf „Für unser Land“* 28. November 1989. Online. <<http://www.dra.de/online/hinweisdienste/ereignis/2014/november28.html>> Abgerufen am 18. Juli 2017.

Nein-Stimmen gab. Diese Zahlen müssen aber mit Vorsicht interpretiert werden, da der Aufruf nur die Zustimmung von „Für unser Land“ betraf.¹⁴¹

4.3. Die wirtschaftliche Vereinigung nach der Wende: Neuanfang und Anpassung

4.3.1. Zu einer wirtschaftlichen und sozialen Einheit: Grundgesetz oder neue Verfassung?

Im März 1990 wurde die Regierung der DDR frei gewählt um den Beitritt in die Bundesrepublik laut Artikel 23 vorzubereiten. Bei den ersten Volkskammerwahlen gewann das „Dreiparteibündnis“¹⁴² mit rund 48% der Stimmen und bildete zusammen mit der SPD (21,9% der Stimmen) eine „Große Koalition“. Wichtig ist es zu wissen, dass die DDR-Bürger zum allerersten Mal ihre Abgeordneten frei wählen konnten und auch sich so das Ende der SED-Oberherrschaft andeutet.¹⁴³

Schon ein paar Monate zuvor, d.h. im Dezember 1989, wurde Artikel 1 der DDR-Verfassung der die „Führung der Arbeitsklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ feststellte, abgeschafft. Aufgenommen wurden im Januar 1990, das Recht auf „Privateigentum und die ausländische Beteiligung an Unternehmen“. Das Wahlrecht wurde im Februar demokratisiert und markierte so einen großen Schritt zur Einheit. Wehr- und Zivildienst wurden ebenfalls gleichberechtigt. Es folgten danach die „Freiheit der Gewerkschaften, Streikrecht und Aussperrungsverbot“.¹⁴⁴

Die große Frage war ob eine neue Verfassung geschaffen werden sollte oder ob die DDR dem damaligen Grundgesetz (Artikel 23) beitreten sollte. Die Befürworter des Artikel 23 GG meinten, dass man so am schnellsten zu einer Vereinigung kommen konnte. Bei der Meinungsumfrage hatten die Bürger der Bundesrepublik und der DDR einen Vorzug für Art.23 und nicht für Art. 146 geäußert. Sie waren damit für die Gegebenheit, dass das Grundgesetz der Bundesrepublik behalten werden sollte und sich auf das Gebiet der bisherigen DDR ausdehnen würde. Hätte man auf Art. 146 zugegriffen wäre ein neues Grundgesetz geschrieben worden. Die Zwei Artikel sagten Folgendes:

¹⁴¹ ARD. Deutsches Rundfunk Archiv. 2014. *Der Aufruf „Für unser Land“ 28. November 1989*. Online. <<http://www.dra.de/online/hinweisdienste/ereignis/2014/november28.html>> Abgerufen am 18. Juli 2017.

¹⁴² CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union

¹⁴³ Münch Ursula. 2008. Bundeszentrale für politische Bildung. *1990: Grundgesetz oder neue Verfassung?* Online. <<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/grundgesetz-und-parlamentarischer-rat/38984/deutsche-einheit>> Abgerufen am 10. Juni. 2017.

¹⁴⁴ Ibid.

Art. 146 GG: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“¹⁴⁵

Im Gegensatz zu Art. 23 GG: „Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“¹⁴⁶

4.3.2. Zwei-plus-Vier-Vertrag und Staatsvertrag über die Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion

Der Staatsvertrag über die Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion trat am 1. Juli 1990 in Kraft und die Deutsche Mark wurde so zum einzigen Zahlungsmittel in Ost und West. Renten, Löhne und Einkommen wurden zum Kurs 1:1 umgestellt. Das bedeutet, dass eine Ostmark einer Deutschen Mark entsprach.¹⁴⁷

In den neuen Bundesländern schaffte es die Sozialunion die soziale Marktwirtschaft einzuführen¹⁴⁸:

- Eine einzige Währung
- Übernahme der „bundesdeutschen Sozialversicherung“, d.h. Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Unfallversicherung.
- Übernahme der Sozialhilfe
- Übernahme des Arbeitsrechts, Streikrechts, Betriebsverfassung, Kündigungsschutzes, usw.

Im September 1990 wurde der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterschrieben. Betroffen waren die DDR und BRD, sowie die vier Siegermächte USA, UdSSR, Frankreich und Großbritannien. Das Unterschreiben dieses Vertrages war die offizielle Anerkennung der inneren und äußeren Souveränität des Wiedervereinigten Deutschlands. Der Inhalt des Zwei-plus-Vier-Vertrages bezog sich auf die folgenden Prinzipien¹⁴⁹:

¹⁴⁵ *Alphabetische Gesetzesübersicht: dejure.org*. Online. <<https://dejure.org/gesetze/GG/146.html>?> Abgerufen am 10. Juni.2017.

¹⁴⁶ DocumentArchiv. 2004. *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (23.05.1949)*. Online. <<http://www.documentArchiv.de/brd/1949/grundgesetz.html>> Abgerufen am 10.Juni.2017.

¹⁴⁷ Eduversum Wiesbaden. 2008. *Sozial Politik: Wiedervereinigtes Deutschland*. Online. <<http://www.sozialpolitik.com/artikel/wiedervereinigtes-deutschland>> Abgerufen am 10.Juni.2017.

¹⁴⁸ Ibid.

¹⁴⁹ *Bundeszentrale für Politische Bildung: Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (12. September 1990)*. Online. <<http://www.bpb.de/nachschlagen/gesetze/zwei-plus-vier-vertrag/>> Abgerufen am 10. Juni 2017.

1. Die endgültigen mitteleuropäischen Grenzen und damit das Staatsgebiet des vereinten Deutschlands mit der Erklärung, dass Deutschland keine Gebietsansprüche an andere Staaten stellt.
2. Die Personalstärke der deutschen Streitkräfte auf 370.000 Personen mit der Erklärung, dass Deutschland auf die Herstellung, die Verfügung über und den Besitz von ABC-Waffen sowie auf das Führen von Angriffskriegen verzichtet.
3. Eine Vereinbarung über den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland bis 1994 und das Recht, Bündnissen anzugehören.

4.3.3. Die „Schocktherapie“

Eine wirtschaftliche Einheit verlangte die Umwandlung von einer Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft und am 1. Juli 1990 konnten die Ostbürger ihr Geld gegen West-Mark umtauschen. Viele glaubten, dass sie durch diese neue Währung an Reichtum und Konsumgütern gewinnen würden. Doch ging es wirklich so? Wie plante die Politik diese neue Harmonisierung beider Systeme? ¹⁵⁰

Wie schon gesagt wurde dieser Währungswandel von starker Hoffnung von der Bevölkerung begleitet. Man glaubte auf eine wechselseitige Verstärkung die sich aber nie erfüllte und heute noch spürbar ist. Es war in der Tat von einer tiefen sozialen und wirtschaftlichen Anpassungskrise die Rede. ¹⁵¹ Das Problem war, dass es zwar schon Pläne für eine schrittweise Einführung der DDR in die Marktwirtschaft gab, die aber durch die massive Auswanderung nicht in Kraft traten und stattdessen, beschleunigt wurde. Der Ausruf der skandierenden Demonstranten „Kommt die D-Mark bleiben wir. Kommt sie nicht, gehen wir zu ihr.“ zeigte dieses Abwanderungsrisiko und so agierte man schnell ohne die DDR-Wirtschaft auf die D-Mark vorzubereiten. Der Ökonom vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Karl Brenke plädierte eher für die Idee von zwei Staaten anstatt „die Währungsunion von der Bundesregierung zu forcieren, und die DDR-Bevölkerung blühenden Landschaften zu versprechen.“ Ein anderer Grund für die „rasche“ Wiedervereinigung könnte sein, dass

¹⁵⁰ Küsters Hans Jürgen. 2009. Konrad-Adenauer-Stiftung: *Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen den beiden deutschen Staaten tritt in Kraft*. Online. <<http://www.kas.de/wf/de/191.1044/>> Abgerufen am 21. Juli 2017.

¹⁵¹ Bernd Martens. 2010. *Bundeszentrale für politische Bildung. Wirtschaftlicher Zusammenbruch und Neuanfang nach 1990*. Online. <<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47133/zusammenbruch>> Abgerufen am 09. Juni 2017.

„Angesichts der labilen Lage in der Sowjetunion, die Bundesregierung durch eine schnelle Währungsunion einen nicht umkehrbaren Prozess einleiten will.“¹⁵²

Faktisch kann man also sagen, dass die Ostmark im Grunde genommen durch die D-Mark ersetzt wurde. Folglich kam die Frage nach dem tatsächlichen Wert der Ostmark. Da die Preise im Osten nicht „marktwirtschaftlich“ waren, hatte es keinen Sinn gehabt beide „Marktpreise“ zu vergleichen. Immer nach Brenke „[erwartete] Die DDR-Bevölkerung [...] einen Umtauschkurs von 1:1“. Die Bundesbank schlug zu dieser Zeit einen Umtauschkurs von 1:2 vor. Wirtschaftsexperten befürchteten jedoch, dass durch einen Kurs von 1:1 „der Osten mit Geld überschüttet [werde], es droht ein Konsumrausch und damit unkontrollierte Inflation.“ Ökonom Pohl warnte bereits davor, dass viele DDR-Unternehmen den Druck des Marktwettbewerbs nicht überleben würden. Trotz dieser Warnungen, legte die Bundesregierung den Kurs auf 1:1.¹⁵³

Wie von manchen befürchtet, wurden Ostbetriebe mit zu hohen realen Aufwertungen konfrontiert. In den letzten Jahren vor der Wende arbeiteten in den meisten Großbetrieben mehr als 1 000 Arbeiter. Im Vergleich zur BRD war die Zahl von Mitarbeitern in solchen Betrieben etwa zweimal mehr, das heißt 75% gegen 39%. Seit 1978 waren diese Kombinate der wirtschaftlichen Struktur der DDR Verband der Betriebe, auch Volkseigene Betriebe (VEB) genannt. Kurz vor der Wende gab es mehr als 400 Kombinate in der DDR, doch schon gegen 1990 hatten sich 200 davon aufgelöst. Die VEB wurde so in GmbHs oder AGs umgeformt und die Treuhandanstalt (THA) versuchte „volkseigene Vermögenswerte“ zu privatisieren:¹⁵⁴

1. Die Zerlegung von den Kombinat in kleineren Betrieben um manche überlebensfähige Firmen von nichtrentablen zu trennen.
2. Die Reduzierung von Großbetrieben zu kleinen oder mittelgroßen Betrieben, um sie für Käufer entscheidender zu machen.

Die THA war aber nicht erfolgreich und hatte bis zu ihrer Selbstaflösung 1994 ein Defizit von 256 Milliarden DM. Der politische und wirtschaftliche Kontext scheint ein ausschlaggebender

¹⁵² Brenke Karl. 2015. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Die deutsch-deutsche Währungsunion: *ein kritischer Rückblick*. Pdf. S.9. <https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.509962.de/15-27-3.pdf> Abgerufen am 21. Juli 2017.

¹⁵³ Ibid.

¹⁵⁴ Ibid.

Grund für diesen Misserfolg gewesen zu sein. Es wurde von einer „wirtschaftlichen Schocktherapie“ in Ostdeutschland gesprochen.¹⁵⁵

Bis vor der Wende war die DDR-Wirtschaft nämlich ein Teil in der Planung der RGW-Länder¹⁵⁶, doch mit der neuen Währungsunion mussten sich die ostdeutschen Firmen flüchtig und unvorbereitet einem neuen und globalen Wettbewerb stellen. Zudem überfluteten westliche Waren den östlichen Handel und ostdeutsche Firmen fielen der Konkurrenz sofort zum Opfer. Als Konsequenz gab es im Westen einen „Wiedervereinigungsboom“ während der Osten an einer wichtigen Wirtschaftskrise litt.¹⁵⁷ Nur zwei Jahre nach der Wende lag nämlich die Produktion im östlichen Teil Deutschlands 73% unterm Niveau von 1989.¹⁵⁸

Was die ostdeutsche Bevölkerung betrifft, schätzt Wirtschaftssoziolog Paul Windolf, dass zwischen 1990 bis 1995 „ca. 80% der erwerbstätigen Bevölkerung der DDR ihren Arbeitsplatz vorübergehend oder auf Dauer verloren haben“.¹⁵⁹

Der Untergang von Ostbetrieben bedeutete auch eine große Zunahme an Arbeitslosigkeit. Bis Ende 1990 verloren ungefähr ein Drittel der erwerbstätigen Ostbürger ihre Arbeit. Noch heute liegt die wirtschaftliche Leistung pro Person bei nur drei Viertel des Westniveaus.

Obwohl die deutsche Einheit im Nachhinein positiv war, hätte diese Schocktherapie vielleicht verhindert werden können. Eine schrittweise Bindung der Ostmark an die Westmark hätte die Ostdeutsche Industrie vielleicht mehr geschützt. Es kann jedoch nicht einfach gesagt werden ob es glimpflich abgelaufen ist oder nicht, ohne die Komplexität der wirtschaftlichen Lage nach der Wende zu berücksichtigen.¹⁶⁰

¹⁵⁵ Brenke Karl. 2015. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. *Die deutsch-deutsche Währungsunion: ein kritischer Rückblick*. Pdf. S.9. <https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.509962.de/15-27-3.pdf> Abgerufen am 21. Juli 2017.

¹⁵⁶ RGW: Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, wirtschaftlicher Zusammenschluss der sozialistischen Staaten.

¹⁵⁷ Bernd Martens. 2010. Bundeszentrale für politische Bildung. *Wirtschaftlicher Zusammenbruch und Neuanfang nach 1990*. Online. <<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47133/zusammenbruch>> Abgerufen am 09. Juni. 2017.

¹⁵⁸ Windolf, P.. *Die wirtschaftliche Transformation. Politische und ökonomische Systemrationalitäten, Schluchter*, W. Quint, P.E. (Hrsg.), Der Vereinigungsschock, Weilerswist 2001, S. 396.

¹⁵⁹ Bernd Martens. 2010. Bundeszentrale für politische Bildung. *Wirtschaftlicher Zusammenbruch und Neuanfang nach 1990*. Online. <<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47133/zusammenbruch>> Abgerufen am 09. Juni. 2017.

¹⁶⁰ Brenke Karl. 2015. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. *Die deutsch-deutsche Währungsunion: ein kritischer Rückblick*. Pdf. S.9. <https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.509962.de/15-27-3.pdf> Abgerufen am 21. Juli 2017.

4.3.4. Soziale Transformationen

Durch die Wende wurden innerhalb kurzer Zeit die wirtschaftlichen, politischen, sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen, vor allem im Osten, tief verändert. Durch starke Veränderungen der Sozialstruktur brachen Ideologien und Normensysteme zusammen.

Eine der großen sozialen Umwälzungen ist die sich durch die Wende sehr veränderte Bevölkerungsstruktur. Es gab in der Tat eine dauernde Abwanderung aus Ostdeutschland und eine starke Zuwanderung nach Westdeutschland. Grund dafür, war das starke Defizit an Modernisierung der DDR. Die Bundesrepublik hatte eine „Anziehungskraft auf Zuwanderer“. Eine Gesellschaft wie die der alten Bundesländer entwickelte sich so zu einer Einwanderungsgesellschaft mit „multi-ethnischer“ Kultur. 2007 hatte die Westbevölkerung seit der Wende bis zu 5 Millionen zugenommen und der Osten war hingegen um 1,7 Millionen geschrumpft. Abwanderer sind vor allem junge, gebildete Erwachsene und besonders Frauen. Die hohe Arbeitslosigkeit im Osten bringt sie dazu, ihre Heimat zu verlassen. Es folgte dann ein demografisches Ungleichgewicht zwischen den alten und neuen Bundesländern. In der Tat gibt es heute im Osten einen Mangel an jungen Menschen, die eine Familie gründen könnten. Obwohl die Abwanderung nicht mehr so stark ist wie vorher, stieg die Anzahl der älteren während die der unter 20-jährigen absank.¹⁶¹

Auf der Ebene von Renten- und Krankenversicherung gab es durch die Vereinigung viele Transformationen im sozialen Bereich. Was die Rentenversicherung betrifft, wurden rund 4 Millionen Menschen, also die damaligen DDR-Bürger, an das Rentensystem der BRD angepasst. Das „Rentenüberleitungsgesetz“ trat am Neujahrestag 1992 in Kraft, und Rentner und Rentnerinnen aus der damaligen Republik bekamen gesetzlich Anspruch auf eine Rente. Probleme gab es jedoch wegen der Bevölkerungsüberalterung und der steigenden Arbeitslosigkeit. Es wurde am 9. November 1989 beschlossen, dass ab 1992 die Höhe der Renten an die Steuern und Beiträge angepasst werden sollte. Wer also mehr Beiträge bezahlt und weniger Geld hat, dem fällt dann auch die Rente geringer aus.¹⁶² Das Alter des Zugangs zur Rente änderte sich ebenfalls, denn sie stieg von 60 auf 65 Jahre. Die von Beiträgen finanzierte Rentenversicherung zählte damals einen Rentenbeitragsansatz von 18,7% des Bruttolohns.¹⁶³

¹⁶¹ Brenke Karl. 2015. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. *Die deutsch-deutsche Währungsunion: ein kritischer Rückblick*. Pdf. S.9. <https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.509962.de/15-27-3.pdf> Abgerufen am 21. Juli 2017.

¹⁶²Eduversum Wiesbaden. 2008. Sozial Politik: *Wiedervereinigtes Deutschland*. Online. <<http://www.sozialpolitik.com/artikel/wiedervereinigtes-deutschland>> Abgerufen am 10.Juni.2017.

¹⁶³ Ibid.

Was die Krankenversicherung betrifft, gab es für den vorherigen DDR-Bürgern auch große Umgestaltungen. Die DDR war nämlich medizinisch vom Staat versorgt und es gab deshalb keine privaten Krankenkassen. In der BRD gab es eigentlich vor der Wiedervereinigung finanzielle Probleme was die Krankenversicherung betraf. Im Januar 1993 trat deshalb das „Gesundheitsstrukturgesetz“ ein um diese Problematik zu lösen. Die Versicherungsnehmer sollten zu diesem Zeitpunkt bei ihren Ärzten einen Zusatz zahlen. ¹⁶⁴

Auch im Bereich von der Arbeit gab es mit der Wende manche Transformationen. Die Einführung des westdeutschen Arbeitsrechts erforderte viel Arbeit um diese neuen Rahmenbedingungen einstellen zu können. Im Osten wurden das Recht zum Streik, ein Kündigungsschutz und eine Tarifautonomie eingeführt. Durch die Tarifautonomie wird ein Vertrag zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern autonom, das heißt, dass der Staat wie in der DDR auf die Verhandlungen keinen Einfluss mehr nehmen darf. Was das Streikrecht betrifft, gab es diesen im sozialistischen Staat nicht. Es wurde sogar eher von „Terroraktionen“ gesprochen anstatt von Streik. ¹⁶⁵

¹⁶⁴Eduversum Wiesbaden. 2008. Sozial Politik: *Wiedervereinigtes Deutschland*. Online.
<<http://www.sozialpolitik.com/artikel/wiedervereinigtes-deutschland>> Abgerufen am 10.Juni.2017.

¹⁶⁵ Ibid.

Teil 3: Nach der Wende auf sozioökonomischer Ebene

5. Nach der Wende

5.1. Dauerhafte Konsequenzen: Kann man von einer deutschen Einheit sprechen?

5.1.2 Osis und Wesis

Diese westdeutsche finanzielle Hilfe reichte jedoch nicht in jedem Fall aus, um eine innere Vereinigung Deutschlands zu gewährleisten. Manchmal hat die Wiedervereinigung durch finanzielle Hilfe die Spaltung zwischen manchen Einwohnern des Westens – den sogenannten Wesis - und Einwohnern des Ostens – den mit Geringschätzung genannten Osis - betont.¹⁶⁶

Der Soziologe Wolf Lepenies sagt, dass die zwei Staaten sich vor den Deutschen selbst wiedervereinigt hätten.¹⁶⁷ Der kalte Krieg hatte nämlich während Jahrzehnten den Klischees eine Stelle gelassen und Spaltung eingeführt, sowohl dem Osten als auch dem Westen. So wurden die Osis oft als „faul“ bezeichnet, „Stümper um initiative zu greifen“, die „sich ständig beschweren“, „Konformisten“ die mit der Stasi mitgearbeitet haben, usw. Die Wesis auf der anderen Seite werden als „Besserwisser“ betrachtet.¹⁶⁸ Natürlich sollen solche Klischees auf sehr vorsichtige Weise berücksichtigt werden. Oft werden diese Stereotype bei einer Fremden Kultur benutzt, doch die Gefahr ist, dass wenn zu viel Gewicht auf diese Ideen gelegt wird, vergessen wird dass sie auch einfach falsch sein können.¹⁶⁹

Die östlichen Bürger sehen sich als „Opfer des Sozialismus“ und verlangen Kompensationen von ihren Nachbarn. Auf der anderen Seite sind manche „Wesis“ damit nicht einverstanden, da es der Bundesrepublik 40 Jahre verlangte um zu dieser Situation zu gelangen, und dass die Osis alles nicht einfach über Nacht haben können.¹⁷⁰

Beide Seiten hängen noch an ihre Vergangenheiten. Die Bundesrepublik glaubte, dass ihre Marktwirtschaft sich dem östlichen Modell anpassen würde und ein neues Wirtschaftswunder erzeugen würde. Die ehemalige DDR hingegen wollte ihren Sozialismus nicht komplett aufgeben und bestand auf Sozialleistungen und Vollbeschäftigung von der sie im Osten

¹⁶⁶ Renaud Guy. *L'Unification de l'Allemagne: Les Conséquences de l'Unification*, Paris : Ellipses, 2000, S. 153.

¹⁶⁷ Lepenies Wolf, *Folgen einer Unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung*, Berlin: Siedler, 1992, p.14.

¹⁶⁸ Renaud Guy. *L'Unification de l'Allemagne: Les Conséquences de l'Unification*, Paris : Ellipses, 2000, S. 153.

¹⁶⁹ Zimmermann Simone. *Stereotype - Nutzen und Gefahren bei stereotypem Denken*, München: GRIN Verlag, 2005, S. 3.

¹⁷⁰ Ibid. S.154.

genießen konnten. Diese Unzufriedenheit äußerte sich vor allem durch die Stimmen für die PDS, Partei des Demokratischen Sozialismus, heute Die Linke, die sich im Osten zwischen 1990 und 1994 verdoppelten.¹⁷¹

Wie lange es braucht um eine Einheit im Kollektivgeist zu bekommen ist nicht leicht zu schätzen. Laut dem Historiker Rudolf von Thadden würde es genauso lange wie die Trennung dauern, also rund 50 Jahre bevor das deutsche Volk eins wird.¹⁷²

5.2. Nach der Wende auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene

Zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit, veröffentlichte das „Statistische Bundesamt“ ein Dokument über die Fortschritte und noch existierenden Unterschiede in Ost und West.

Auf sozialer Ebene konnte man 2009 beobachten, dass die Bevölkerungsentwicklung im Osten sehr abgenommen hatte. Es waren rund 1,7 Millionen Menschen weniger, die im Vergleich zur Zeit der Wende, im ehemaligen DDR-Gebiet lebten. Mehrere Faktoren können diesen Rückgang erklären: die massive Auswanderung zum Westen, die vor und nach der Wende stattfand, aber auch die Senkung der Geburten. Im Westen hingegen nahm die Bevölkerung zwischen 1990 und 2009 um 4 Millionen Menschen zu. Eine Hypothese dazu bleibt also die Einwanderung von Ost-Bürgern, aber auch, dass Ausländer im Prinzipiellen den Westen bevorzugen. Jedes Jahr seit der Wende ist die Migrationsquote im Osten negativ und im Westen positiv gewesen.¹⁷³

Das Absinken der Geburtenzahlen betraf Osten und Westen, doch nicht mit derselben Intensität. In der alten DDR sank die Geburtenzahl zwischen 1990 und 2008 auf rund -38% und im Westen auf -22%. Eine Erklärung für diese Zahl im Osten wäre, dass die Wendezeit von vielen tiefen Veränderungen geprägt wurde und zu einer Verunsicherung der Bevölkerung führte. Von 1990 bis 1994 sank sogar die Intensität um 44%. Eine andere Hypothese zu dieser Geburtenzahl im Osten, wäre die Auswanderung von jungen Erwachsenen und besonders von Frauen, zum Westen.¹⁷⁴

¹⁷¹ Zimmermann Simone. *Stereotype - Nutzen und Gefahren bei stereotypem Denken*, München: GRIN Verlag, 2005, S. 3.

¹⁷² Ibid.

¹⁷³ Bliemeister Andreas. Statistisches Bundesamt Wiesbaden. 2010. *20 Jahre Deutsche Einheit, Wunsch oder Wirklichkeit*. Pdf 64 S.

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/DeutscheEinheit.pdf?__blob=publicationFile>. Abgerufen am 07.07.2017.

¹⁷⁴ Ibid.

Was die Kinderbetreuung betrifft gibt es auch große Unterschiede. Die Kinderbetreuung unter drei Jahren im Osten betrug in 2009 45%, gegen nur 15% im Westen. Die höchste Kinderbetreuungsquote war 55% in Sachsen-Anhalt und die niedrigste um 12% in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.¹⁷⁵

In ganz Deutschland zählte man 2008 50 Millionen Menschen, also 50% der Bevölkerung, mit christlicher Zugehörigkeit. Zur Zeit der Wende gab es im sozialistisch geprägten Osten, schon viel weniger Gläubige als im Westen mit jeweils 34% und 80%. Im Allgemeinen fiel die Zahl zwischen 1990 und 2008 in ganz Deutschland. In den neuen Ländern zählt man einen Verlust von 38% und in den früheren Ländern von 12%.¹⁷⁶ Der Grund dafür können die Senkung der Sterbefälle und Geburten sein, sowie ein steigender Austritt der Menschen.¹⁷⁷

Auf wirtschaftlicher Ebene ist die deutsche Wirtschaft vor allem vom Export bestimmt. Trotz der wirtschaftlichen Krise gab es zum Beispiel in 2009 einen Export von Waren im Wert von 800 Milliarden Euro. Im Jahr 2016 erreichte der deutsche Außenhandel einen neuen Rekordwert. Waren im Wert von 1.207 Milliarden Euro wurden exportiert. Dies zeigt, dass der Export seit 2009 von Jahr zu Jahr steigt.^{178 179}

Trotz dieser guten wirtschaftlichen Situation gibt es Ungleichheiten seit der Wiedervereinigung. Zum Beispiel lagen 2015 die Ausfuhren pro Kopf im Osten deutlich hinterm Westen. Obwohl die Ausfuhren der ostdeutschen Bundesländer im Vergleich zum Westen seit 1991 stärker gewachsen sind (in 2009: +309% im Osten gegen +111% im Westen), lag 2015 der Anteil am Gesamtwert des Ostens nur bei 330 Milliarden Euro gegenüber 2.695 Milliarden Euro im Westen.¹⁸⁰ Es gibt auch einen großen Unterschied in der „Warenstruktur

¹⁷⁵ Bliemeister Andreas. Statistisches Bundesamt Wiesbaden. 2010. *20 Jahre Deutsche Einheit, Wunsch oder Wirklichkeit*. Pdf 64 S.

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/DeutscheEinheit.pdf?__blob=publicationFile>. Abgerufen am 07.07.2017.

¹⁷⁶ Beilage 6

¹⁷⁷ Bliemeister Andreas. Statistisches Bundesamt Wiesbaden. 2010. *20 Jahre Deutsche Einheit, Wunsch oder Wirklichkeit*. Pdf 64 S.

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/DeutscheEinheit.pdf?__blob=publicationFile>. Abgerufen am 07.07.2017.

¹⁷⁸ Statistisches Bundesamt (Destatis) Wiesbaden. 2016. *Destatis: Aussenhandel..* Online.

<<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/GesamtentwicklungJahr.html>> Abgerufen am 10.07.2017.

¹⁷⁹ Beilage 7

¹⁸⁰ Beilage 8

der Exporte“: im Osten ist die Anzahl Güter und Ernährungswirtschaft größer als im Westen wo der „Anteil gewerblicher Produkte“ höher ist als im Osten.¹⁸¹

Große Ungleichheiten zwischen Ost und West zeigen sich auch in der Landwirtschaft, besonders in der Flächengröße der Betriebe. Im Osten zählte man 2007 rund 185 Hektar Nutzfläche gegenüber nur 33 Hektar im Westen. Der Grund dafür ist, dass in der DDR die Landwirtschaft staatlich gesteuert wurde und in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften ausgeübt wurde. Auch auf den Flächen gibt es einen Unterschied in der Produktion. Es herrscht vor allem Ackerbau im Osten, wobei sich der Westen auf die Viehhaltung konzentriert.¹⁸²

Was den Arbeitsmarkt betrifft, stagnierte die Zahl der Erwerbstätigen im Westen im Laufe der 90er Jahre und nahm dann in 2004 deutlich zu (8% mehr als in 1990). Im Osten jedoch sank die Erwerbstätigenzahl stark und lag zum Beispiel 2009 13% niedriger als 1991. Als gesamtdeutsches Problem gilt die Erwerbslosigkeit. Die Wiedervereinigung brachte in der Tat viele Änderungen des deutschen Arbeitsmarktes und eine große Steigerung der Erwerbslosigkeit. Dieser Anstieg zeigte sich besonders stark im Osten wo die Erwerbslosenquote 2009 bei 12,6% gegenüber 6,4% im Westen lag. Doch während die Zahl der Erwerbslosen steigt, steigt gleichzeitig die der Erwerbstätigen. Dieses Paradox erklärt sich durch die Bevölkerung die seit 1991 um mehr als 2 Millionen Einwohner zugenommen hat. Die Zahl von Teilzeitarbeitern hat sich seit 1991 verdoppelt, und die Hälfte der erwerbstätigen die Teilzeit arbeiten, sind Frauen. Gründe dafür wäre die Familie und die Verknappung an Vollzeitstellen.¹⁸³

Was die Verdienste betrifft, gibt es in Deutschland noch Ungleichheiten zwischen den neuen und den alten Bundesländern. 1991 verdiente die Ostdeutsche Bevölkerung nur 46% des Westniveaus. Diese Zahl stieg in den fünf folgenden Jahren schon auf 73%. Doch dieser Angleichungsprozess schwankt sehr stark und in 2009 stieg das Verdienstniveau des Ostens

¹⁸¹ Bliemeister Andreas. Statistisches Bundesamt Wiesbaden. 2010. *20 Jahre Deutsche Einheit, Wunsch oder Wirklichkeit*. Pdf 64 S.

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/DeutscheEinheit.pdf?__blob=publicationFile>. Abgerufen am 07.07.2017.

¹⁸² Ibid.

¹⁸³ Ibid.

nur auf 76% des Westens.¹⁸⁴ 2014 betrug der jährliche Verdienst in Ostdeutschland 32.803 Euro gegenüber 39.941 Euro im Westen.¹⁸⁵

Obwohl der Osten das Westenniveau schneller aufholt als erwartet, bleiben die Löhne ein Drittel niedriger als in den alten Bundesländern. Eine Erklärung dafür ist laut Ökonom Rosenfeld „die Anforderung und Qualifikation der Arbeitnehmer“. Hochqualifizierte Bürger würden nämlich eher im Westen arbeiten. Die höhere Arbeitslosigkeit im Osten würde ebenso nicht von der Wirtschaftskraft der neuen Bundesländer abhängen, sondern von der Bildung. Viele Betriebe suchen Akademiker, die sie mehr im Westen als im Osten finden.¹⁸⁶

Die ostdeutschen Rentner und Rentnerinnen sind aber bessergestellt als im Westen. Die Auszahlungsbeträge sind nämlich in der Tat höher im Osten als im Westen: rund 8% mehr für Männer und 44% für Frauen.¹⁸⁷

Dank der sozialen Mindestsicherung kriegen Personen die ihren eigenen Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bezahlen können, finanzielle Hilfe vom Staat. Es gibt sehr unterschiedliche Gründe für die Bedürftigkeit sowie Arbeitslosigkeit, schwache Renten, gesundheitliche Probleme, Niedrigeinkommen, usw. Um diesen Menschen zu helfen gibt es in Deutschland die Sozialhilfe „Hartz IV“, damit sie ihren Lebensunterhalt sichern können und so, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Auch wenn es um Sozialhilfe geht, gibt es Unterschiede zwischen Ost und West. Im Osten ist der Anteil der Bürger, die die Hartz IV Hilfe erhalten fast doppelt so groß wie im Westen. 2008 zum Beispiel, war in den neuen Bundesländern, jeder Sechste davon betroffen. In den alten Bundesländern hingegen war es nur jeder Zwölfte, also 17% gegenüber 8%. Hartz IV wurde außerdem umstritten, da die Einführung dieser Reform im Gegensatz zum ehemaligen BRD-System zu mehr unsicheren Lebensumstände führte.¹⁸⁸ Durch den Schwächen des Hartz IV Systems erfuhren in der Tat, hunderttausende Bürger Armut und Ungerechtigkeit. Ein Beispiel von dieser Reihe Schwächen ist, dass EU-Zuwanderer

¹⁸⁴ Bliemeister Andreas. Statistisches Bundesamt Wiesbaden. 2010. *20 Jahre Deutsche Einheit, Wunsch oder Wirklichkeit*. Pdf 64 S.
<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/DeutscheEinheit.pdf?__blob=publicationFile>. Abgerufen am 04.07.2017.

¹⁸⁵ Bundeszentrale für Politische Bildung Bonn. 2015. *Zahlen und Fakte zur deutschen Einheit: Die Ausgangslage in Ost und West*. Online. <<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/zahlen-und-fakten-zur-deutschen-einheit/211356/die-ausgangslage-in-ost-und-west>> Abgerufen am 10.07.2017.

¹⁸⁶ Reissmann Ole. 2009. *SPIEGEL ONLINE: Ost-West Vergleich: Weg frei für die Wirtschaftseinheit*. Online. <<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ost-west-vergleich-weg-frei-fuer-die-wirtschafts-einheit-a-660175.html>> Abgerufen am 04.07.2017.

¹⁸⁷ Bliemeister Andreas. Statistisches Bundesamt Wiesbaden. 2010. *20 Jahre Deutsche Einheit, Wunsch oder Wirklichkeit*. Pdf 64 S.
<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/DeutscheEinheit.pdf?__blob=publicationFile>. Abgerufen am 04.07.2017.

¹⁸⁸ Ibid.

keinen einfachen Anspruch auf Hartz 4 haben. Die Mietobergrenze ist für die Hartz-IV-Empfänger ein zusätzliches Problem, da sie den regelmäßigen Mieterhöhungen nicht folgt. Durch Anrechnungsregeln der Zuverdienste gibt es weniger Anreiz an Vollzeitbeschäftigung und führt manchmal zu einem Dauerzustand des Hartz IV Empfangs.¹⁸⁹

Auf der Ebene von Politik sind die Deutschen auch unterschiedlich. Das gesamtdeutsche Parlament war während der Wende ein großer Schritt für die Einheit des Landes. Seit 1990 haben die Bürger bereits sieben Mal gewählt. Die politische Landschaft hat sich mit der Einheit sehr verändert, und zu den bereits existierenden Parteien wurde DIE LINKE (ehemalige Partei Des Deutschen Sozialismus - PDS) hinzugefügt. Obwohl DIE LINKE keine „Ost-Partei“ mehr ist, kriegt sie jedoch die meisten Stimmen in den neuen Bundesländern (28,5% im Osten gegen 8,3% im Westen in 2009¹⁹⁰).¹⁹¹ Auch bei den letzten Bundestagswahlen in 2013 hatten die Wähler dasselbe Verhalten mit 23% für DIE LINKE im Osten gegen 6% im Westen. Die SPD hingegen, hat mehr Wähler in den alten Bundesländern (27%) als in den neuen (18%) die eher für DIE LINKE wählen. CDU/CSU kriegt hingegen die meisten Stimmen von beiden Seiten, mit nur 3% Unterschied.¹⁹² Obwohl die Ostbürger sich gegen die gefälschten Kommunalwahlen 1989 gewehrt und demonstriert haben, ist auf überraschende Weise im Osten die Wahlbeteiligung im Durchschnitt 6% niedriger als im Westen.¹⁹³

Es gibt keinen Zweifel, dass die 40 Jahre Trennung tiefe Spuren hinterließ und dass die Ausgangssituation von Ost und West so unterschiedlich waren und den Weg zur deutschen Einheit zu einem langen Prozess machte. Obwohl es klar ist, dass die meisten Deutschen sich die Wiedervereinigung gewünscht haben und nur eine kleine Minderheit noch an „Ostalgie“ leidet, sind die Ost-West Unterschiede in manchen Bereichen noch sehr geprägt.

5.3. Selbstbewertung der Wiedervereinigung

2010 gab die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Umfrage zum 20. Jahrestag der Wiedervereinigung heraus. Diese Umfrage zeigte auf, was die deutschen Bürger vom

¹⁸⁹ Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg. 2017. *Kritik an Hartz IV*. Pdf 2 S. < https://www.lpb-bw.de/kritik_hartz_iv.html >. Abgerufen am 10.08.2017.

¹⁹⁰ Beilage 9

¹⁹¹ Ibid.

¹⁹² Beilage 10

¹⁹³ Ibid.

Vereinigungsprozess mit einem zeitlichen Abstand halten. 500 Personen über 18 Jahre aus den jeweils alten und neuen Bundesländern wurden im August 2010 befragt.¹⁹⁴

Die erste Frage behandelte die Friedliche Revolution und Wiedervereinigung selbst. Eine große Mehrheit der Deutschen hat davon eine deutlich positive Schätzung. Vor allem im Osten sind es 71% die es „voll und ganz“ als einen „Glücksfall“ empfinden gegen 61% im Westen. Die über 55-Jährigen stimmen dieser Aussage noch mehr als die jüngeren Generationen zu. Rund 80% von ihnen sind stolz auf diese „friedliche Überwindung der SED“. Nur 14% der Beteiligten denken, es wäre besser gewesen die zwei deutschen Staaten zu behalten, gegen 81% die das geeinte Deutschland für die richtige Entscheidung halten.¹⁹⁵ Ost und West stimmen rund 70% zu, dass die Wiedervereinigung ein Erfolg war. Als gefragt wurde ob die Erwartungen der Ostbürger (Freiheit und Demokratie) sich erfüllt haben, stimmten 66% zu.^{196,197}

Bei der zweiten Frage ging es um das Fortschrittsgefühl seit der Einheit, wo die Mehrheit damit einverstanden war, dass es zu diesem Thema Fortschritte gäbe. Rund 58% aller Befragten meinen, dass es den neuen Bundesländern (Ostdeutschland) seit der Wiedervereinigung bessergeht. Ungefähr 11% der damaligen DDR-Bürger sind mit dieser Aussage nicht einverstanden. Diese Ergebnisse zeigen, dass es eigentlich nur eine geringe Minderheit der „Ossis“ gibt, die das System der DDR vermissen. Doch, nur 38% der Befragten (Ost und West) glauben, dass es keine Unterschiede mehr zwischen den alten und den neuen Bundesländern gibt. Als gefragt wurde, ob sich Ost- und Westbürger näher fühlen, waren damit nur 42% der Ostbürger und 52% der Westbürger einverstanden.¹⁹⁸ Also kann man auf der Ebene des Einheitsgefühls sagen, dass alle deutschen Bürger sich noch nicht vereint fühlen.

Ob die Deutschen mit ihrem politischen und sozialen System zufrieden seien war die dritte Frage des Konrad-Adenauer-Instituts. Eine große Mehrheit von ihnen waren zufrieden (etwa 80%). Einen großen Unterschied gäbe es zwischen Ost und West nicht, doch die alten Bundesländer sind 18% nicht zufrieden, gegen 13% im Osten. Was das soziale System betrifft, sind insgesamt 74% der Deutschen zufrieden. Im Osten sind aber 29% unzufrieden gegen 24% im West. Ein Grund dafür kann sein, dass durch das DDR-System jeder Bürger sozial

¹⁹⁴ Borchard Michael u. Neu Viola, *Analysen & Argumente: 20 Jahre Wiedervereinigungsbewertung und Zukunftserwartungen*, Ausgabe 81, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, 2010, S.1.

¹⁹⁵ Beilage 11

¹⁹⁶ Beilage 12

¹⁹⁷ Borchard Michael u. Neu Viola, *Analysen & Argumente. 20 Jahre Wiedervereinigungsbewertung und Zukunftserwartungen*, Ausgabe 81, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, 2010, S.3.

¹⁹⁸ Beilage 13

abgesichert war.¹⁹⁹ Der Unzufriedenheitsunterschied bleibt jedoch zwischen Ost und West nur schwach.²⁰⁰

Die nächste Frage zielte auf das Gefühl der Deutschen der Mitte-Gesellschaft anzugehören ab. Im Westen sehen sich etwa 71% als Teil der Mitte-Gesellschaft. Im Osten hingegen sind es nur 56% und 39%, die sich als Teil der Arbeiterschicht ansehen. Ein Grund dafür kann das stark „verankerte Berufsbild des Arbeiters“ sein, dass in den alten Bundesländern nicht dasselbe war.^{201 202}

Die folgende Frage zeigte, dass die Deutschen von der Politik große Erwartung haben. Im Osten denken nämlich 58% der Bürger, dass ihr eigenes Schicksal von der Politik abhängen würde. Im Westen waren es allerdings nur 50%.²⁰³ Diese Ergebnisse zeigen, dass die deutsche Bevölkerung sogar mitten im Prozess der Globalisierung denkt, dass die Politik mit ihrem eigenen Wohlstand verbunden sei, vor allem im Osten wo das Leben in der DDR von der Ideologie der SED geprägt war.²⁰⁴

Die letzte Frage der Bewertung der Wiedervereinigung behandelte Deutschland und seine Partnerschaft mit Europa. Laut einer großen Mehrheit ist die Bedeutung Deutschlands durch die Wiedervereinigung wieder gewachsen. Zumindest denken 80% der Bürger, dass das Land an Wichtigkeit gewonnen hat. Fast genauso viele (79%) gehen davon aus, dass die deutsche Politik einen wichtigen Einfluss in Europa hat. Drei Viertel der Deutschen denken auch, dass die Deutsch-Französische Freundschaft ein „Motor“ Europas ist. Zuletzt meinen 88% der gesamten Population Deutschland hätte einen guten Ruf gewonnen und sind stolz darauf.²⁰⁵

²⁰⁶

Wenn es um die deutsche Einheit geht, ist es also wichtig unterschiedliche Faktoren zu berücksichtigen. Obwohl es laut den Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes zwischen den alten und den neuen Bundesländern noch Unterschiede gibt, haben sich die Lebensverhältnisse seit der Wende jedoch angenähert. Die beiden Systeme in Ost und West waren bis zur deutschen Einheit einander gegenübergestellt und konnten nicht einfach kurzfristig angepasst werden. Wie

¹⁹⁹ Borchard Michael u. Neu Viola, *Analysen & Argumente. 20 Jahre Wiedervereinigungsbewertung und Zukunftserwartungen*, Ausgabe 81, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, 2010, S.6.

²⁰⁰ Beilage 14

²⁰¹ Borchard Michael u. Neu Viola, *Analysen & Argumente. 20 Jahre Wiedervereinigungsbewertung und Zukunftserwartungen*, Ausgabe 81, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, 2010, S.6.

²⁰² Beilage 15

²⁰³ Beilage 16

²⁰⁴ Borchard Michael u. Neu Viola, *Analysen & Argumente. 20 Jahre Wiedervereinigungsbewertung und Zukunftserwartungen*, Ausgabe 81, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, 2010, S.6.

²⁰⁵ Ibid. S.7-8.

²⁰⁶ Beilagen 17 u. 18

schon gesagt hinterließ die deutsche Trennung Spuren mit denen Deutschland sich seit 1989/90 befasst.

Fazit

Ziel der vorliegenden Arbeit war, einen Vergleich der sozioökonomischen Lage Deutschlands, vor und nach der Wende herzustellen und auf unterschiedliche Fragen zu antworten: Kann von einer Gleichberechtigung des vereinten Deutschlands gesprochen werden oder wurde im Gegenteil, der Osten vom Westen einfach „ausverkauft“? Wie konnten beide Systeme harmonisiert werden und mit welchen Schwierigkeiten und Folgen? Gibt es heute eine sozioökonomische Einheit zwischen alten und neuen Bundesländern?

Es ergab sich, dass die Erfahrung der Wende in einem kurzen Zeitraum (davor und danach) auf sozialer Ebene unterschiedlich wahrgenommen wurde. Kurz vor der Wende gab es nämlich immer mehr Druck seitens der ostdeutschen Bevölkerung, die Veränderungen, Ehrlichkeit und Gleichberechtigung verlangte. Die Anzahl Dissidenten war in der Tat immer größer und während den friedlichen Demonstrationen waren zum Beispiel die Themen Umweltschutz oder das Ende der Nuklearwaffen wiederkehrende Forderungen. Dieser Bruch mit dem damals etablierten System wurde auch durch massive Auswanderungen gen Westen ausgedrückt. Die Regierungsinstanz im Osten schien angesichts der Krisen noch Scheuklappen zu tragen, während im Westen die Regierung seinen Wunsch für Einheit ausdrückte. Die Wende wurde meist von dieser Hoffnung begleitet, doch diese Wahrnehmung kam auch ins Schwanken. Eine Wiedervereinigung verlangte nämlich Zeit, Geduld und wirtschaftliche Hilfe. Von manchen Intellektuellen und Politikern kritisiert wurde das ganze DDR System sehr schnell umgebaut und von manchen als „Schocktherapie“ bezeichnet, an die sich der Osten anpassen musste.

Was die Harmonisierung der beiden Systeme betrifft, gab es mehrere politische Initiativen sowie Helmut Kohls Zehn-Punkte-Programm, um auf innerdeutscher und internationaler Ebene zusammenzuarbeiten, aber auch den Zwei-Plus-Vier Vertrag, um Deutschland auf wirtschaftliche, politische und soziale Ebene zu vereinigen. Mit zeitlichem Abstand kann jedoch zur Geltung gebracht werden, dass das System der DDR in das System der BRD integriert wurde. Für manche Deutsche und Intellektuelle wurde der Osten jedoch vom Westen eher „aufgeschluckt“ und sogar „ausverkauft“. Denn was die „Harmonie“ der zwei Seiten betrifft, kann man sagen, dass obwohl der Osten sich des westlichen wirtschaftlichen Niveaus immer mehr angleicht, noch deutliche sozioökonomische Unterschiede zu spüren sind. Trotz dem politischen Wille eine schnelle Homogenität in Deutschland zu gestalten, verlangt es wegen der so unterschiedlichen Systeme viel Zeit.

Die Folgen der Einführung der D-Mark im Osten und der Integration in die westliche Marktwirtschaft waren allerdings nicht immer positiv. Eine weitere Schwierigkeit im Osten war

noch die zunehmende Auswanderung gen Westen, was zu einem Ungleichgewicht der Bevölkerungsstruktur führte. Viele junge, gebildete Menschen und vor allem Frauen, drehten ihrer Heimat den Rücken zu um im Westen Karriere zu machen. Dem Marktwettbewerb konnten leider viele Ostkombinate nicht folgen und wurden so zerlegt oder aufgelöst. Es folgte dann eine Steigerung der Arbeitslosenquote, die heute immer noch stärker als im Westen ist. Auf der sozialen Ebene gingen Sozialhilfe, Rentenversicherung und Krankenversicherung durch viele Umgestaltungen.

Abschließend kann festgestellt werden, dass die Frage einer sozioökonomischen deutschen Einheit nur differenziert beantwortet werden kann, da unterschiedliche Faktoren eine besondere Rücksicht verlangen. Einerseits kann behauptet werden, dass die internationale Einheit Deutschlands nach 1990 hergestellt wurde, doch der Prozess einer innerdeutschen Einheit zieht sich noch einigermaßen hin. Es gibt heute noch „Ossi“- und „Wessi“- Klischees, ähnlich wie in Belgien zwischen „Wallonen“ und „Flamen“. Das Problem ist scheinbar ein Mangel an Anerkennung und Westdeutschland zeigt ein Gefühl der Dominanz seines Systems und wertete hiermit das ostdeutsche System ab. Andererseits zeigte die Selbstbewertung der Wiedervereinigung, dass die meisten Ostdeutschen ihr heutiges Leben mit der damaligen DDR nicht mehr umtauschen würden und die deutsche Einheit als positiv betrachten. Obwohl die neuen Bundesländer das Niveau des Westens noch nicht erreicht haben, verlief ein „Aufholen“ trotz langer Trennung und zwei gründlich unterschiedlicher Systeme, ziemlich rasch. Es lässt sich also die Schlussfolgerung ziehen, dass trotz eines wahrscheinlichen „Ausverkaufsgefühls“ von manchen, Deutschland sich in der Tat im Aufbauprozess einer Gleichberechtigung zwischen Osten und Westen befindet.

Insofern bleibt zu hoffen, dass in Zukunft auch andere Länder mit radikal unterschiedlichen Systemen, wie zum Beispiel im Fall von Nord- und Südkorea, von der deutschen Wiedervereinigung lernen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Primäre Literatur

Abendroth, Wolfgang; et al. *Kleine Bibliothek: Politik, Wissenschaft, Zukunft*, Band 13: *BRD-DDR: Vergleich der Gesellschaftssysteme*, Köln: Pahl-Rugenstein, 1971.

Berstein Serge u. Milza Pierre. *L'Allemagne de 1870 à nos Jours*, 7. Aufl., Paris : Armand Collin, 2010.

Borchard Michael u. Neu Viola, *Analysen & Argumente: 20 Jahre Wiedervereinigungsbewertung und Zukunftserwartungen*, Ausgabe 81, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2010.

Bozo Frédéric, *Mitterrand, la fin de la guerre froide et l'unification allemande. De Yalta à Maastricht*, Odile Jacob, Paris, 2005.

Eckart Conze, e.a. *Die demokratische Revolution 1989 in der DDR: Die DDR im Gedächtnis der Gegenwart*, Köln: Böhlau Verlag, 2009.

Grub Frank Thomas. *Wende und Einheit im Spiegel der deutschsprachigen Literatur: Untersuchungen*, Berlin: Walter de Gruyter, 2003.

Hertle Hans-Hermann. *Der Fall der Mauer: Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates*. Berlin: Springer Verlag. 2013.

Kohl Helmut. *Ich wollte Deutschlands Einheit*, Berlin: Ullstein Tb, 2000.

Olteanu Tina, e.a. *Osteuropa transformiert: Sozialismus, Demokratie und Utopie?* , Berlin: Springer-Verlag, 2017.

Renaud Guy. *L'Unification de l'Allemagne*, Ellipses, Paris, 2000.

Sattler Frederiek . *Wirtschaftsordnung im Überblick. Politik, Organisation und Funktion der KPD/SED im Land Brandenburg bei der Etablierung der Zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR*, Bnd.5, Münster: Lit-Verlag, 2002.

Schupp Thomas. *Sozioökonomischer Kontext von Leiharbeit in der BRD*, Hamburg: Diplomatica Verlag, 1988.

Steiner A. *Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang. Zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1999.

Wahl Alfred. *L'Allemagne de 1945 à nos jours*, Paris : Armand Colin, 2009.

Wehler Hans-Ulrich. *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. 5. Band. Bundesrepublik und DDR 1949-1990, München: C.H. Beck, 2008.

Windolf, Paul. *Die wirtschaftliche Transformation. Politische und ökonomische Systemrationalitäten*, Velbrück: Weilerswist 2001.

Zimmermann Simone. *Stereotype - Nutzen und Gefahren bei stereotypem Denken*, München: GRIN Verlag, 2005.

Sekundäre Literatur

Erhard Ludwig. *Deutsche Wirtschaftspolitik: der Weg der Sozialen Marktwirtschaft*. Düsseldorf: Econ, 1962.

Gonin Jean-Marc. *La chute du mur*. Le Livre de Poche, 2011.

Gorbatschew Mikhaïl. *Mémoires : une vie et des réformes*. Monaco : Editions du Rocher, 1991.

Hess Gerhard, e.a. *BRD-DDR: Vergleich der Gesellschaftssysteme*. Köln: Pahl-Rugenstein, 1971.

Internetquellen

Alphabetische Gesetzesübersicht: dejure.org. Online. <<https://dejure.org/gesetze/GG/146.html>> .

Berger Johannes. Bundeszentrale für politische Bildung Bonn. 2012. *Bpb: Die wirtschaftliche Bildung der Bundesrepublik Deutschland*. Online. < <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138634/wirtschaftliche-entwicklung?p=all> >.

Berliner Zeitung Schmidt-Rede wird Viral-Hit "Der Terrorismus hat auf Dauer keine Chance". Online. <<http://www.berliner-zeitung.de/politik/schmidt-rede-wird-viral-hit--der-terrorismus-hat-auf-dauer-keine-chance--25361826>>.

Bernd Martens. 2010. *Bundeszentrale für politische Bildung. Wirtschaftlicher Zusammenbruch und Neuanfang nach 1990*. Online. <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47133/zusammenbruch>>.

Bliemeister Andreas. Statistisches Bundesamt Wiesbaden. 2010. *Destatis: 20 Jahre Deutsche Einheit, Wunsch oder Wirklichkeit*. Pdf 64 S. <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/DeutscheEinheit.pdf?__blob=publicationFile>.

Brenke Karl. 2015. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Die deutsch-deutsche Währungsunion:

Bundesarchiv Berlin. 2015. *Bundesarchiv: Weg zur deutschen Einheit*. Online. < https://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/04752/index-6.html.de>

Bundeszentrale für Politische Bildung Bonn. 2015. *Zahlen und Fakte zur deutschen Einheit: Die Ausgangslage in Ost und West*. Online. <<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/zahlen-und-fakten-zur-deutschen-einheit/211356/die-ausgangslage-in-ost-und-west>>.

Bundeszentrale für Politische Bildung: *Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (12. September 1990)*. Online. <<http://www.bpb.de/nachschlagen/gesetze/zwei-plus-vier-vertrag/>>.

Deutscher Bundestag Berlin. 2014. Bundestag: *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*. Online. <<http://www.documentArchiv.de/brd/1949/grundgesetz.html>>.

Eduversum Wiesbaden. 2008. *Sozial Politik: Wiedervereinigtes Deutschland*. Online. <<http://www.sozialpolitik.com/artikel/wiedervereinigtes-deutschland>>.

Görtemaker Manfred. 2009. Bundeszentrale für politische Bildung: *Beginn der Deutschen Einigung*. Online. <<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43757/die-deutsche-einigung?p=all>>.

Jahn Roland. *Bundeszentrale für politische Bildung: Jetzt oder Nie. Leipziger Montagsdemonstrationen*. Online. <<http://www.bpb.de/mediathek/355/jetzt-oder-nie>>.

Kellerhoff Sven. 2015. *Welt: „Nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich“*. Online. <https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article148313415/Nach-meiner-Kenntnis-ist-das-sofort-unverzueglich.html>.

Kirsch Jan-Holger u. Vowinckel Annette. 2007. *Zeitgeschichte Online: Die RAF als Geschichte und Gegenwart*. Online. <<http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/die-raf-als-geschichte-und-gegenwart>>.

Konrad-Adenauer-Institut Sankt Augustin. *Helmut Kohl: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr.93 (15. August 1986)*. Online. <http://www.helmut-kohl-kas.de/index.php?menu_sel=15&menu_sel2=213&menu_sel3=120>.

Konrad-Adenauer-Stiftung Berlin. *DDR - Mythos und Wirklichkeit: Volkseigener Betrieb*. Online. <<http://www.kas.de/wf/de/71.6631/>>.

Küsters Hans Jürgen. 2009. Konrad-Adenauer-Stiftung: *Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen den beiden deutschen Staaten tritt in Kraft*. Online. <<http://www.kas.de/wf/de/191.1044/>>.

Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg. 2017. *Kritik an Hartz IV*. Pdf 2 S. <https://www.lpb-bw.de/kritik_hartz_iv.html>.

Lingen Markus, Konrad-Adenauer-Stiftung Sankt Augustus. *Zehn-Punkte-Programm zur Deutschlandpolitik 1989*. Online. <www.helmut-kohl-kas.de/index.php?msg=559>.

Martens Bernd. 2010. Bundeszentrale für Politische Bildung. *die Wirtschaft in der DDR*. Online. <<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47076/ddr-wirtschaft>>.

Münch Ursula. 2008. Bundeszentrale für politische Bildung. *1990: Grundgesetz oder neue Verfassung?* Online. <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/grundgesetz-und-parlamentarischer-rat/38984/deutsche-einheit>>.

Pfitzer Norbert. *Gabler Wirtschaftslexikon. Das Wissen der Experten: Kapital*. Online. <<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/kapital.html#definition>>

Posener Alan. 2013. *Welt: Ostdeutschland- die ungläubigste Region der Welt*. Online. <<https://www.welt.de/politik/deutschland/article114889749/Ostdeutschland-die-unglaeubigste-Region-der-Welt.html>>.

Reissmann Ole. 2009. *SPIEGEL ONLINE: Ost-West Vergleich: Weg frei für die Wirtschaftseinheit*. Online. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ost-west-vergleich-weg-frei-fuer-die-wirtschaftseinheit-a-660175.html>>.

Richter C. und Kellerhoff S.F. 2009. *WELT: Wie vor 20 Jahren das Ende der DDR begann*. Online. <<https://www.welt.de/politik/article3691578/Wie-vor-20-Jahren-das-Ende-der-DDR-begann.html>>.

Robert Birnbaum. 2014. *Der Tagesspiegel: 25 Jahre Mauerfall. Als Honecker Ochs und Esel bemühte*. Online. <<http://www.tagesspiegel.de/politik/25-jahre-mauerfall-als-honecker-ochs-und-esel-bemuehte/1625224-all.html?print=true>>.

Schreiber Hermann. 2003. *Die Zeit Online: der Kanzler und sein Spion*. Online. <<http://www.zeit.de/2003/40/P-Schreiber>>.

Sontheimer Michael: *Spiegel Online: Der Mann der die RAF besiegte*; Online. <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/helmut-schmidt-der-kanzler-der-die-raf-besiegte-a-1062136.html>>.

Verfassung, Stuttgart. 2004. *Gesetzblatt der DDR 1968*. Online. <<http://www.verfassungen.de/de/ddr/ddr68.htm>>.

Verfassungen: Gesetz über die Wahlen zu den Volksvertretungen der Deutschen Demokratischen Republik. Online. <<http://www.verfassungen.de/de/ddr/wahlgesetz76.htm>>.

Winkler Heinrich-August. 2015. *Die Zeit Online: Der Kanzler der Krisen*. Online. <<http://www.zeit.de/2015/46/helmut-schmidt-heinrich-august-winkler/komplettansicht?print>>.

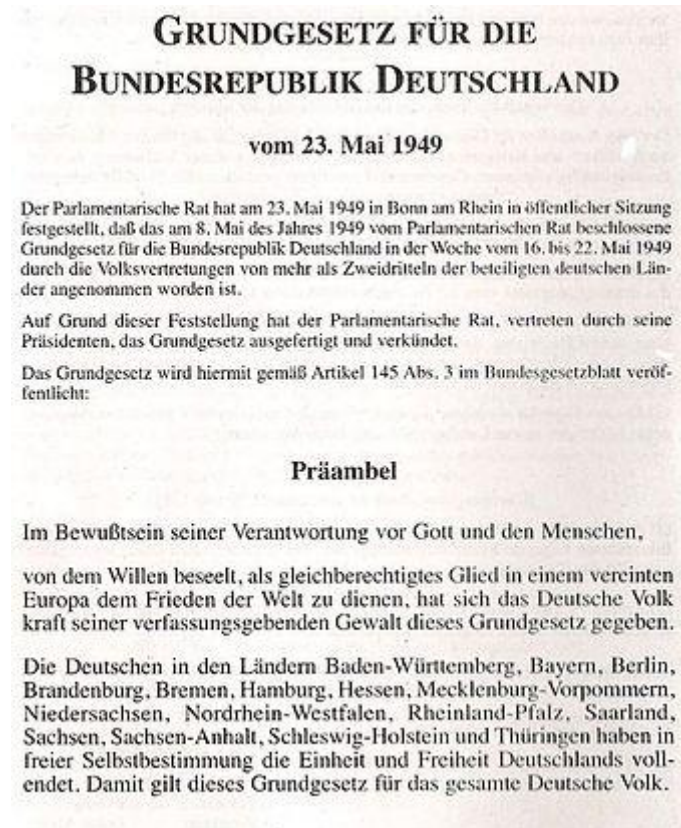
Ziegler Wiebke und Oster Andrea. *Planet Wissen: Leben in der DDR: Alltag*. Online. <http://www.planet-wissen.de/geschichte/ddr/das_leben_in_der_ddr/pwiealltaginderddr100.html>.

Jürgen Habermas. 1990. *Zeit Online: DM-Nationalismus*. Online <<http://www.zeit.de/1990/14/der-dm-nationalismus>>.

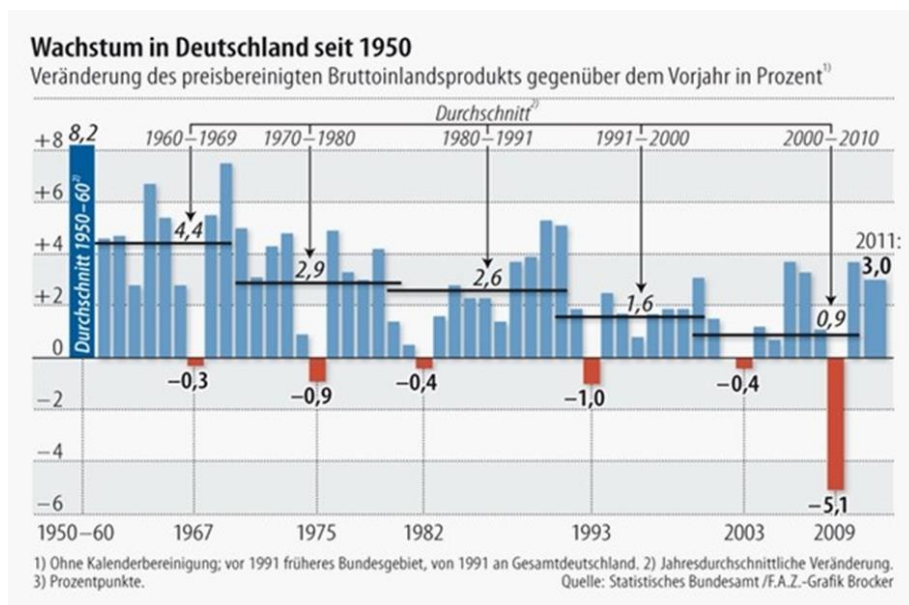
ARD. Deutsches Rundfunk Archiv. 2014. *Der Aufruf „Für unser Land“* 28. November 1989. Online. <<http://www.dra.de/online/hinweisdienste/ereignis/2014/november28.html>>.

Grass Günter. 1990. Zeit Online: *Kurze Rede eines Vaterlandlosen Gesellen* <<http://www.zeit.de/1990/07/guenter-grass>>.

Beilagen

Beilage 1: Präambel des Grundgesetzes 8. Mai 1949

Quelle: https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_00/245200

Beilage 2: Wachstum in Deutschland seit 1950, Frankfurter Allgemeine

Quelle: [http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/deutschland-die-wirtschaft-am-wendepunkt-](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/deutschland-die-wirtschaft-am-wendepunkt-11601394/veraenderung-des-bip-11602597.html)

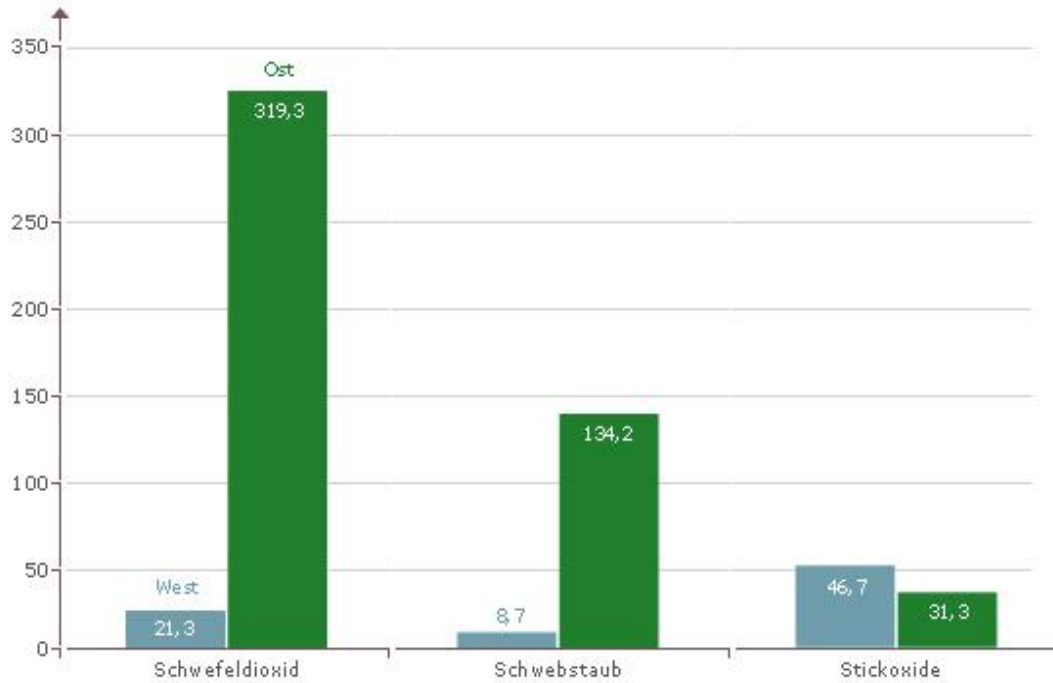
11601394/veraenderung-des-bip-11602597.html

Beilage 3 : Emissionen einzelner Schadstoffe im Jahr 1988 in kg/Einwohner



■ Die Wirtschaft in der DDR

Emissionen einzelner Schadstoffe im Jahr 1988 gemessen in kg/Einwohner



Quelle: WirtschaftsAtlas 1994, S. 54

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2010, www.bpb.de



Beilage 4: Neues Deutschland, 98,85Prozent stimmten für die Kandidaten der Nationalen Front

Bezirksparteischule der SED
„Georg Wolff“, 801 Dresden
Maternstraße 17 – Bibliothek

Montag,
6. Mai 1989
44. Jahrgang / Nr. 107
A-Ausgabe
Einzelpreis 15 Pf

Redaktion und Verlag: Franz-Mehring-
Platz 1, Berlin, 1017, Telefon: 3 83 10
(Sammelnummer), Abonnementspreis
monatlich 3,50 Mark. ISSN 0233-3375

NEUES DEUTSCHLAND

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Eindrucksvolles Bekenntnis zu unserer Politik des Friedens und des Sozialismus

98,85 Prozent stimmten für die Kandidaten der Nationalen Front

12 182 050 Bürger gaben in Gemeinden, Städten und Kreisen den Volksvertretern ihr Vertrauen / Hohe Wahlbeteiligung: 98,77 Prozent nahmen ihr Stimmrecht wahr / Arbeitskollektive kamen mit erfüllten und überbotenen Plänen / Neue Initiativen im Wettbewerb zum 40. Jahrestag der DDR

Vorsitzender der Wahlkommission gab vorläufiges Wahlergebnis bekannt

Berlin (ADN). Der Vorsitzende der Wahlkommission der Republik, Egon Krenz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, gab am Abend des 7. Mai 1989 im Fernsehen der DDR das vorläufige zusammengefaßte Gesamtergebnis der Wahlen bekannt:

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik!

Liebe Freunde und Genossen! Die Kommunalwahlen im 40. Jahr unseres Arbeiter- und Bauern-Staates wurden zu einem eindrucksvollen Votum für die Kandidaten der Nationalen Front der Deutschen Demokratischen Republik. Das vorläufige zusammengefaßte Gesamtergebnis der Wahlen zu den Stadtbezirksversammlungen von Berlin, zu den Kreistagen und den Stadtverordnetenversammlungen der Stadtbezirke

Das sind 98,85 Prozent. Gegen die Wahlvorschläge wurden 142.301 Stimmen abgegeben. Das sind 1,15 Prozent.

In Namen der Wahlkommission der Republik danke ich allen, die durch ihren persönlichen Einsatz zum erfolgreichen Verlauf der Kommunalwahlen beigetragen haben. Dank gilt den mehr als 74 000 Bürgern, die in den Wahlkommis-sionen tätig waren, den über 233 000 Mitgliedern in den Wahlvorständen und den über 1 Million Wahlleitern in den Kreisen, Städten und Gemeinden.

Herzlich gratuliere ich den neugewählten Abgeordneten und Nachbirkandidaten, die das Vertrauen der Wähler er-liebt. Von ihrem Verantwortungsbewußtsein, ihrem Wissen und Können, von ihrem ver-trauensvollen Kontakt mit den Bürgern hängt wesentlich der Erfolg unserer Kommunal-politik ab. Für ihre Abgeord-neten-tätigkeit zum Nutzen un-serer Städte und Gemeinden, zur Stärkung unseres soziali-stischen Vaterlandes, der Deut-schen Demokratischen Repu-blik, wünsche ich allen Volks-vertretern den besten Erfolg.

Gehen wir mit dem Blick auf den XII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im festen Bündnis aller Klassen und Schich-ten weiter voran zum Wohle des Volkes und zur Sicherung des Friedens.

Herzlich gratuliere ich den neugewählten Abgeordneten und Nachbirkandidaten, die das Vertrauen der Wähler er-liebt. Von ihrem Verantwortungsbewußtsein, ihrem Wissen und Können, von ihrem ver-trauensvollen Kontakt mit den Bürgern hängt wesentlich der Erfolg unserer Kommunal-politik ab. Für ihre Abgeord-neten-tätigkeit zum Nutzen un-serer Städte und Gemeinden, zur Stärkung unseres soziali-stischen Vaterlandes, der Deut-schen Demokratischen Repu-blik, wünsche ich allen Volks-vertretern den besten Erfolg.

Nationalen Front der Deut-schen Demokratischen Repu-blik wurden 12 182 050 gültige Stimmen abgegeben.

Das sind 98,85 Prozent. Gegen die Wahlvorschläge wurden 142.301 Stimmen abge-gaben. Das sind 1,15 Prozent.

In Namen der Wahlkommission der Republik danke ich allen, die durch ihren persönli-chen Einsatz zum erfolg-reichen Verlauf der Kommunal-wahlen beigetragen haben. Dank gilt den mehr als 74 000 Bürgern, die in den Wahlkommis-sionen tätig waren, den über 233 000 Mitgliedern in den Wahlvorständen und den über 1 Million Wahlleitern in den Kreisen, Städten und Ge-meinden.

Herzlich gratuliere ich den neugewählten Abgeordneten und Nachbirkandidaten, die das Vertrauen der Wähler er-liebt. Von ihrem Verantwortungsbewußtsein, ihrem Wissen und Können, von ihrem ver-trauensvollen Kontakt mit den Bürgern hängt wesentlich der Erfolg unserer Kommunal-politik ab. Für ihre Abgeord-neten-tätigkeit zum Nutzen un-serer Städte und Gemeinden, zur Stärkung unseres soziali-stischen Vaterlandes, der Deut-schen Demokratischen Repu-blik, wünsche ich allen Volks-vertretern den besten Erfolg.

Gehen wir mit dem Blick auf den XII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im festen Bündnis aller Klassen und Schich-ten weiter voran zum Wohle des Volkes und zur Sicherung des Friedens.

Herzlich gratuliere ich den neugewählten Abgeordneten und Nachbirkandidaten, die das Vertrauen der Wähler er-liebt. Von ihrem Verantwortungsbewußtsein, ihrem Wissen und Können, von ihrem ver-trauensvollen Kontakt mit den Bürgern hängt wesentlich der Erfolg unserer Kommunal-politik ab. Für ihre Abgeord-neten-tätigkeit zum Nutzen un-serer Städte und Gemeinden, zur Stärkung unseres soziali-stischen Vaterlandes, der Deut-schen Demokratischen Repu-blik, wünsche ich allen Volks-vertretern den besten Erfolg.

Gehen wir mit dem Blick auf den XII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im festen Bündnis aller Klassen und Schich-ten weiter voran zum Wohle des Volkes und zur Sicherung des Friedens.

Herzlich gratuliere ich den neugewählten Abgeordneten und Nachbirkandidaten, die das Vertrauen der Wähler er-liebt. Von ihrem Verantwortungsbewußtsein, ihrem Wissen und Können, von ihrem ver-trauensvollen Kontakt mit den Bürgern hängt wesentlich der Erfolg unserer Kommunal-politik ab. Für ihre Abgeord-neten-tätigkeit zum Nutzen un-serer Städte und Gemeinden, zur Stärkung unseres soziali-stischen Vaterlandes, der Deut-schen Demokratischen Repu-blik, wünsche ich allen Volks-vertretern den besten Erfolg.

Vorläufiges Ergebnis der Wahlen am 7. Mai 1989 zu den Stadtbezirksversammlungen von Berlin, Hauptstadt der DDR, zu den Kreistagen und den Stadtverordnetenversammlungen der Stadtbezirke

Bezirk	Wahlberechtigte		Abgegebene Stimmen		Wahlbeteiligung		UNGÜLTIGE STIMMEN		GÜLTIGE STIMMEN insgesamt		GÜLTIGE STIMMEN Für den Wahlvorschlag		GÜLTIGE STIMMEN Gegen den Wahlvorschlag	
	insgesamt	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
DDR	12 488 742		12 335 487	98,77	11 136	0,89	12 294 351	99,91	12 182 050	98,85	142 301	1,15		
Berlin, Hauptstadt der DDR	972 175		944 923	97,20	708	0,07	944 215	99,93	931 250	98,63	12 965	1,37		
Cottbus	444 415		437 545	98,45	582	0,13	436 963	99,91	429 283	99,49	7 680	1,76		
Dresden	1 231 837		1 206 065	98,11	1 833	0,14	1 204 232	99,98	1 200 950	99,65	32 282	2,65		
Erfurt	928 281		924 018	99,54	412	0,07	923 606	99,83	913 121	99,48	10 485	1,13		
Frankfurt	518 096		514 806	99,35	344	0,07	514 462	99,35	503 914	97,85	10 548	2,03		
Gera	556 412		552 994	99,38	577	0,10	552 417	99,36	546 800	99,00	5 617	1,01		
Halle	1 236 414		1 236 994	99,58	621	0,05	1 236 373	99,95	1 217 879	99,27	8 282	0,63		
Karl-Marx-Stadt	1 419 289		1 399 299	98,10	1 205	0,11	1 398 094	99,89	1 388 258	99,28	22 516	1,62		
Leipzig	1 829 440		1 807 088	98,89	725	0,07	1 806 363	99,93	1 802 804	99,77	3 559	0,20		
Magdeburg	827 354		805 012	98,69	373	0,04	804 639	99,86	818 024	99,24	6 615	0,86		
Neubrandenburg	452 889		449 251	99,21	157	0,03	448 094	99,57	446 290	99,36	2 804	0,64		
Potsdam	843 241		828 317	98,23	1 859	0,22	826 458	99,18	821 216	99,25	5 242	0,75		
Rostock	677 233		671 244	99,11	545	0,08	670 699	99,32	667 252	99,59	3 447	0,59		
Schwerin	440 662		435 683	99,00	227	0,05	435 456	99,95	432 400	99,30	3 047	0,79		
Suhl	419 765		417 081	99,48	377	0,09	416 704	99,91	413 871	99,29	3 333	0,80		

UdSSR und DDR verbinden brüderliche Freundschaft und gemeinsame Ideale

Grußadresse der Partei- und Staatsführung der UdSSR zum 44. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus

Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzender des Staatsobersten der Deutschen Demokratischen Republik Genossen Erich Honecker
Vorsitzender des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik Genossen Willi Stoph
Liebe Genossen! Anlässlich des 44. Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus übermitteln wir Ihnen, dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, dem Staatsobersten und dem Ministerrat, allen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik herzlichste Glückwünsche und freundschaftliche Grüße. Mit dem Tag des großen Sieges über den Hitlerfaschismus beginnt eine neue Zeitrechnung. Auf deutscher Erde trafen die Weltkrieger zwischen Elbe und Oder die historische Wahl für Demokratie und Sozialismus. Die von ihnen unter Führung der SED geschaffene Republik der Arbeiter und Bauern verkörpert die Hoffnungen vieler Generationen fortschrittlicher deutscher Denker und Revolutionäre,

die für die politische und soziale Befreiung der arbeitenden Menschen gekämpft haben. Hochgeschätzt werden in der Sowjetunion die Beziehungen der brüderlichen Freundschaft, der internationalen Solidarität und gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit, die die KPUSU und SED, die Völker unserer Länder fest verbinden. Bei der Verwirklichung der Aufgaben der gegenwärtigen wichtigen Etappe des sozialistischen Aufbaus in Übereinstimmung mit den nationalen Erfordernissen streben die UdSSR und die DDR zu einem Ziel, lassen sie sich von gemeinsamen Idealen leiten. Dabei bemühen sie sich, das mächtige Potential der bilateralen Zusammenarbeit im Interesse des Sozialismus, der Durchsetzung des neuen politischen Denkens in den internationalen Angelegenheiten immer vollständiger zu erschließen und immer effektiver zu nutzen. Wir wünschen Ihnen, liebe Genossen, den Kommunisten und allen Bürgern der DDR große Erfolge bei der Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED, Frieden, Glück und Wohlleben. Zentralkomitee der KPUSU
Präsident des Obersten Sowjets der UdSSR
Ministerrat der UdSSR



Erich Honecker, Willi Stoph, Horst Sindermann und ihre Ehefrauen gaben ihre Stimme im Wahllokal Berlin-Niederschönhausen ab. Foto: ND/Murza

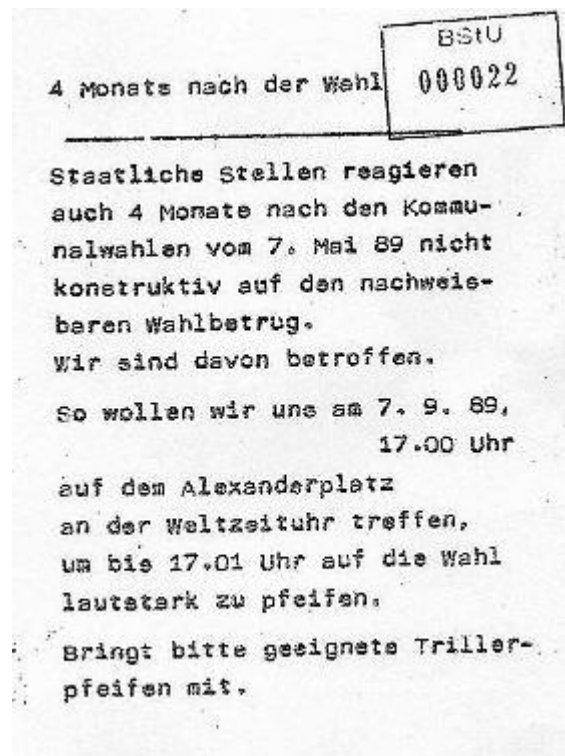


Evelyn und Michael Balduf mit ihren Söhnen im traditionellen Arbeiterwahllokal Sonnenberg in Karl-Marx-Stadt bei der Stimmabgabe. Foto: ND/Schmidt



Einwohner aus der Cottbuser Straße 90 in Berlin-Hellersdorf auf dem Weg zum Wahllokal. Foto: ND/Winkler

Beilage 5: Flugblatt für die Demonstration des 7. Septembers 1989 auf dem Alexanderplatz.



Quelle : <http://www.n-tv.de/politik/dossier/Als-der-Betrug-bewiesen-wurde-article298868.html>

Beilage 6 : Mitgliederzahl der christlichen Kirchen

Mitgliederzahlen der christlichen Kirchen

	1991 in Mill.		2008 in Mill.		Differenz 1991 – 2008 in %	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder einschl. Berlin	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder einschl. Berlin	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder einschl. Berlin
Evangelisch	24,2	5,0	21,4	3,2	-11,6	-37,5
Katholisch	27,1	1,1	24,4	0,8	-10,1	-25,3

Die Katholiken sind nach Bistümern, die Protestanten nach Gliedkirchen in Ost und West unterteilt. Für beide Kirchengemeinschaften stimmen die Grenzen nicht exakt mit den Landesgrenzen überein. Das Bistum Schwerin ist ab Oktober 1994 in das Erzbistum Hamburg integriert und wird daher ab 1995 im früheren Bundesgebiet ausgewiesen.

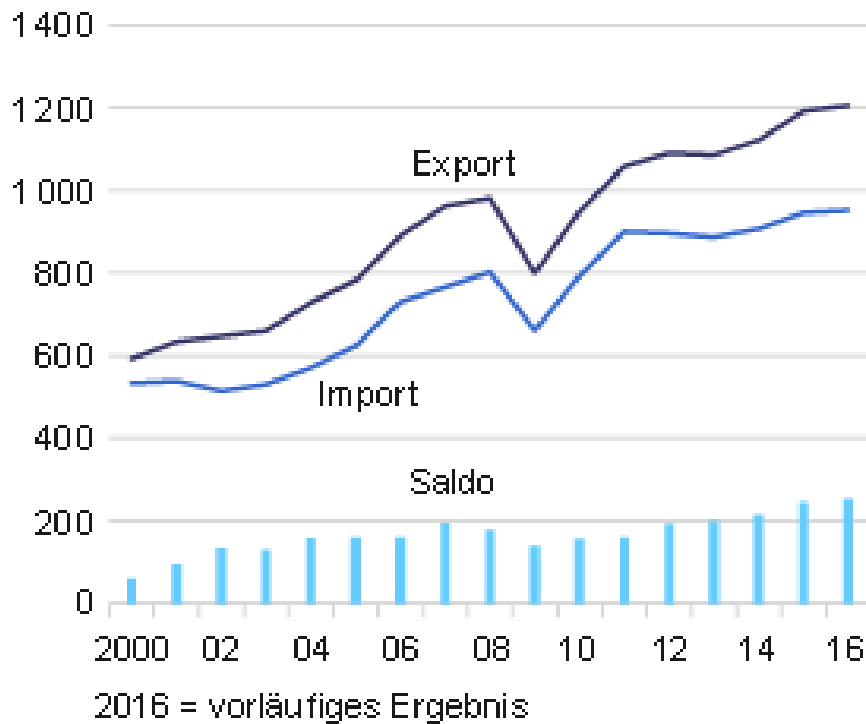
Quelle : Quelle: Statistisches Bundesamt. 20 Jahre Deutsche Einheit, Wunsch oder Wirklichkeit.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/DeutscheEinheit.pdf?__blob=publicationFile

Beilage 7: Entwicklung des deutschen Außenhandels

Entwicklung des deutschen Außenhandels

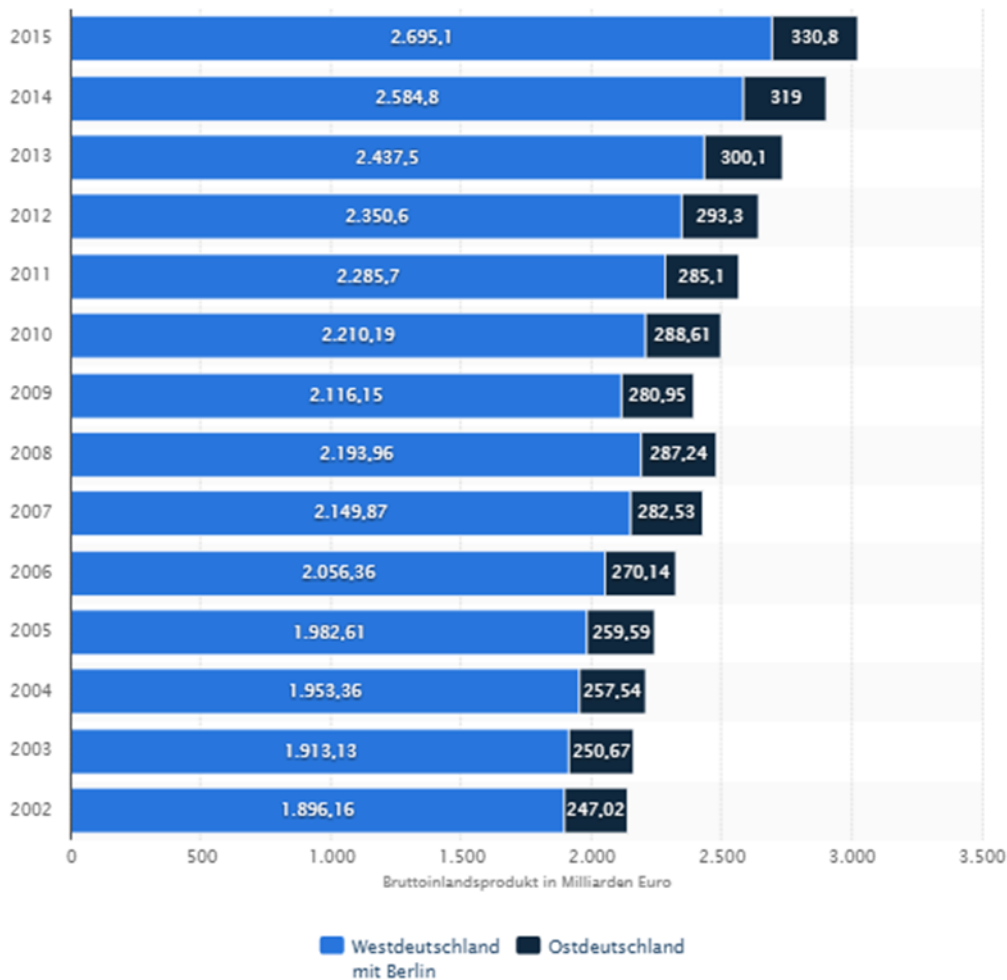
in Mrd. EUR



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2017

Quelle: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/GesamtentwicklungJahr.html>

Beilage 8: Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland* von 2002 bis 2015 (in Milliarden Euro)



Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36810/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-ostdeutschland-und-westdeutschland/>

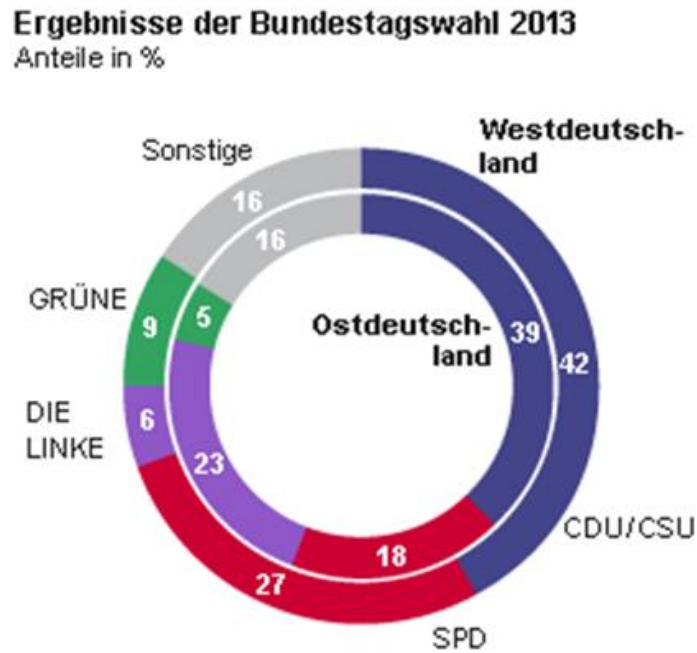
Beilage 9 : Ergebnisse der Bundestagswahlen 1990 und 2009

Ergebnisse der Bundestagswahlen

Anteile der Zweitstimmen in %

	1990		2009	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder
CDU/CSU	44,3	41,8	34,6	29,8
SPD	35,7	24,3	24,1	17,9
FDP	10,6	12,9	15,4	10,6
DIE LINKE (PDS)	0,3	11,1	8,3	28,5
GRÜNE	4,8	6,2	11,5	6,8
Sonstige	4,3	3,7	5,9	6,3

Beilage 10 : Ergebnisse der Bundestagswahl 2013

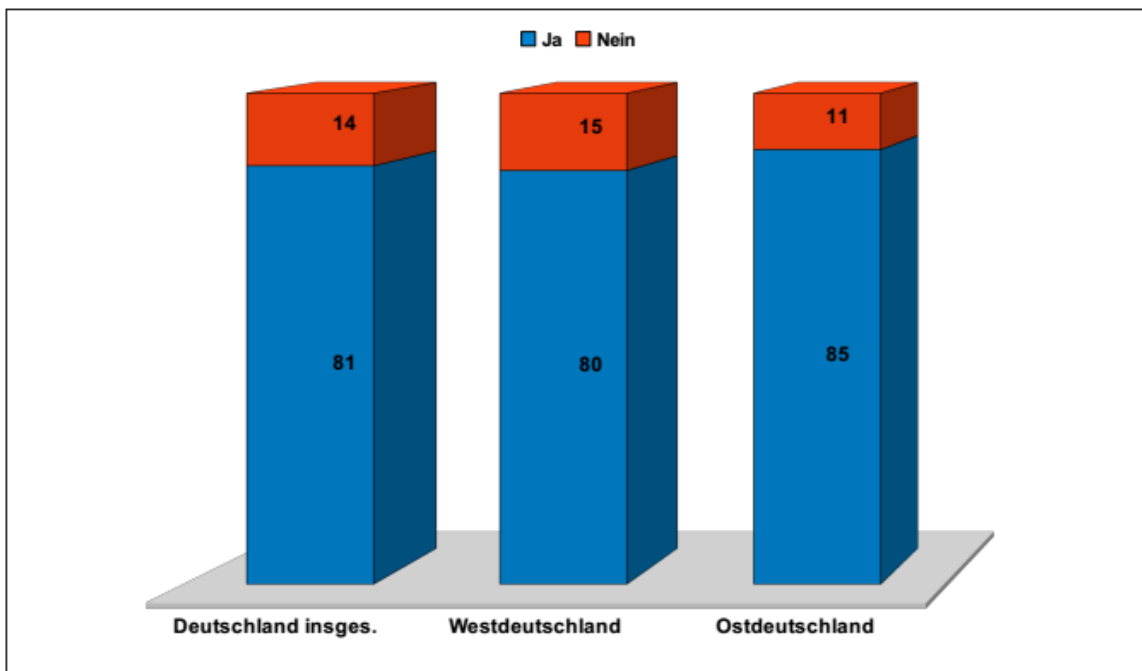


© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2015

Quelle : <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/ImFokus/Sonstiges/DeutscheEinheitWahlverhaltenOstWest.html>

Beilage 11: War die Wiedervereinigung die richtige Entscheidung?

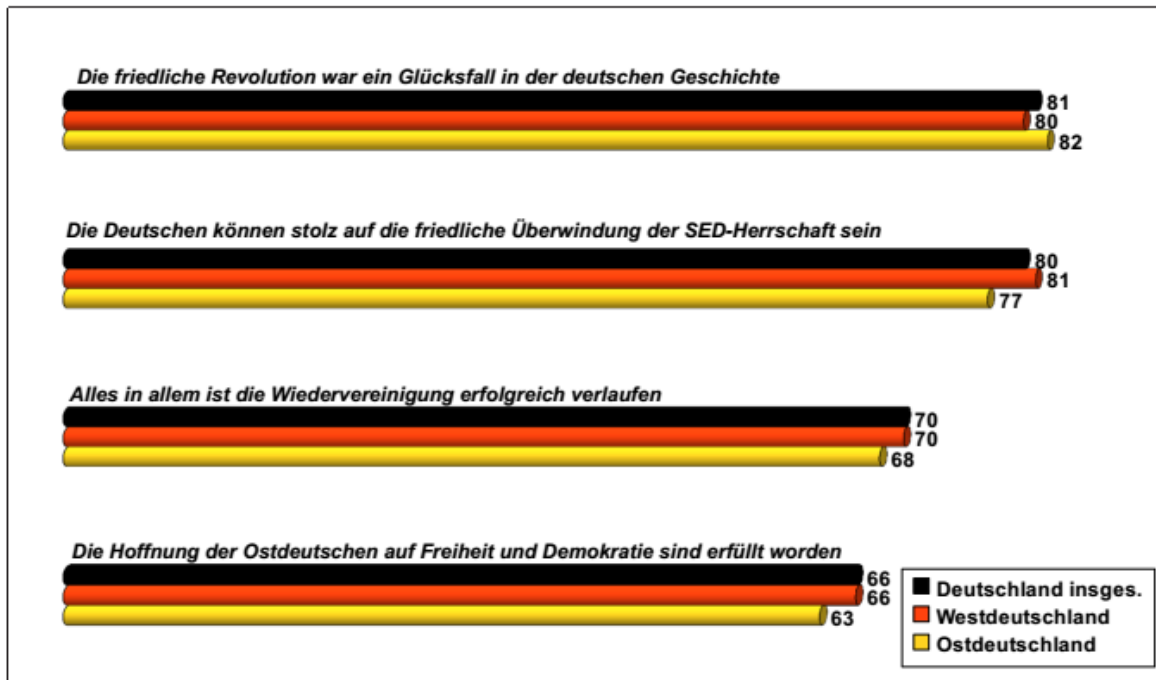
Grafik 1: War die Wiedervereinigung die richtige Entscheidung?



Quelle : Konrad Adenauer Stiftung : *Analysen & Argumente. 20 Jahre Wiedervereinigung Bewertung und Zukunftserwartungen*, unter: www.kas.de/wf/doc/kas_20500-544-1-30.pdf?130423130024

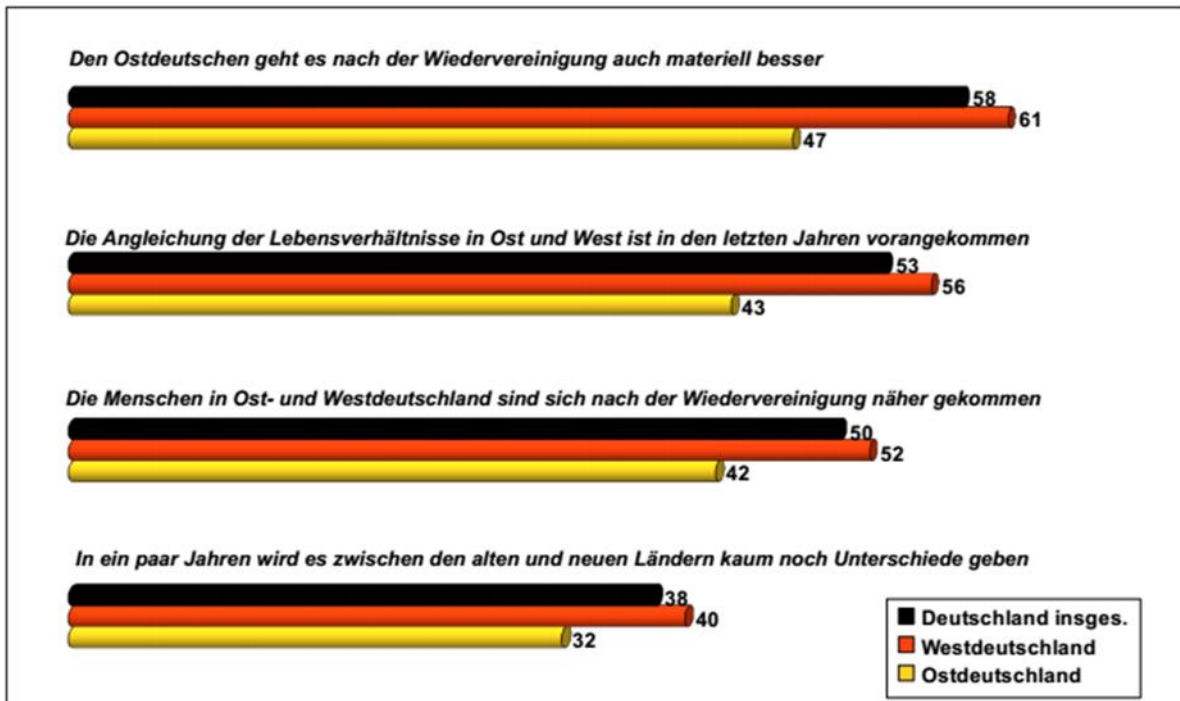
Beilage 12: Aussagen zur Revolution in der DDR und Wiedervereinigung 1/2

Grafik 2: Aussagen zur Revolution in der DDR und zur Wiedervereinigung – I



Beilage 13: Aussagen zur Revolution in der DDR und zur Wiedervereinigung 2/2

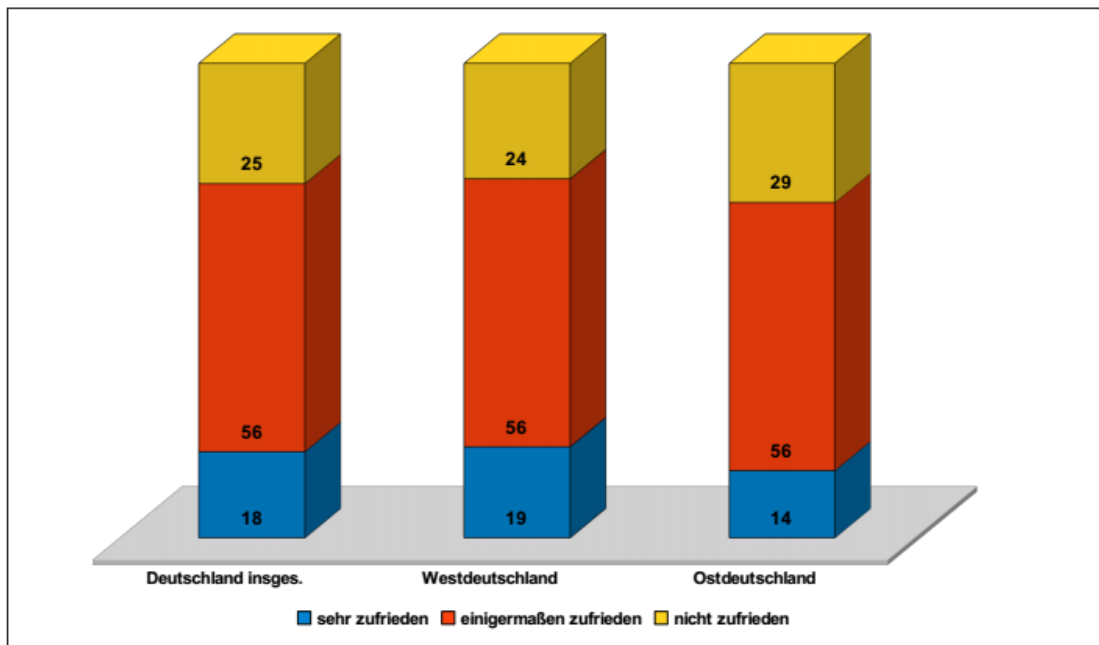
Grafik 3: Aussagen zur Revolution in der DDR und zur Wiedervereinigung – II



Quelle : Konrad Adenauer Stiftung : *Analysen & Argumente. 20 Jahre Wiedervereinigung Bewertung und Zukunftserwartungen*, unter: www.kas.de/wf/doc/kas_20500-544-1-30.pdf?130423130024

Beilage 14: Zufriedenheit mit dem sozialen System der Bundesrepublik Deutschland

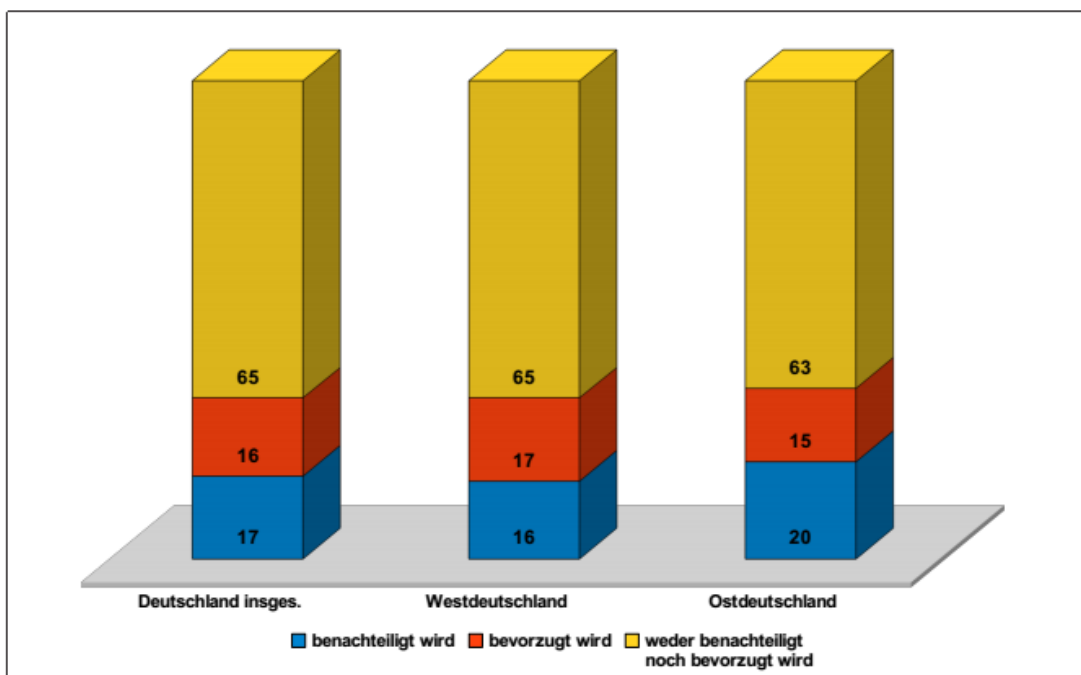
Grafik 4: Zufriedenheit mit dem sozialen System der Bundesrepublik Deutschland



Quelle : Konrad Adenauer Stiftung : *Analysen & Argumente. 20 Jahre Wiedervereinigung Bewertung und Zukunftserwartungen*, unter: www.kas.de/wf/doc/kas_20500-544-1-30.pdf?130423130024

Beilage 15: Zugehörigkeit zu einer Gruppe

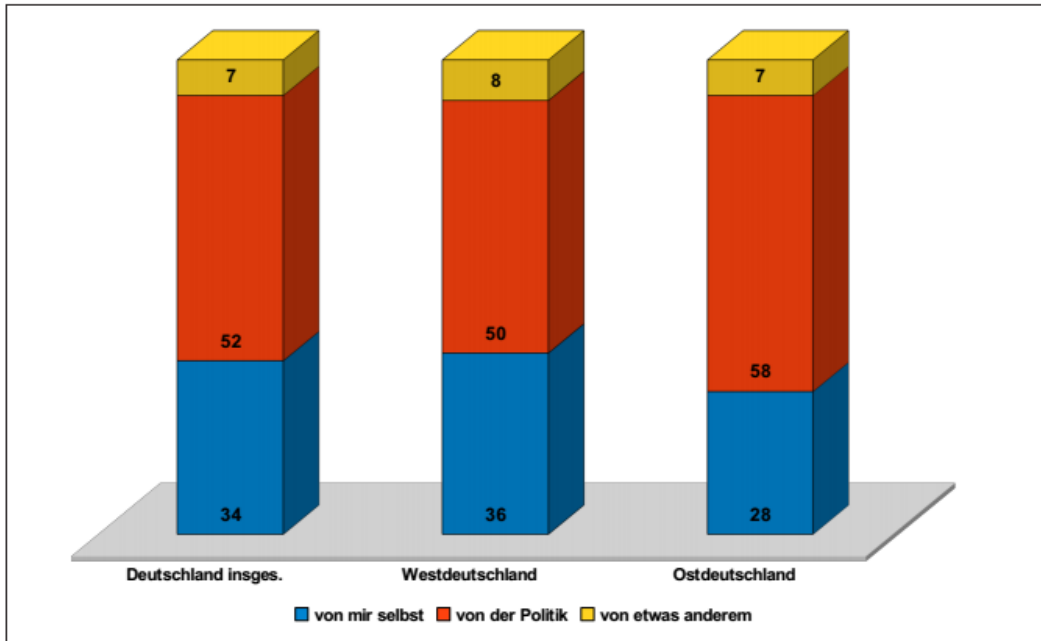
Grafik 5: Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die...



Quelle : Konrad Adenauer Stiftung : *Analysen & Argumente. 20 Jahre Wiedervereinigung Bewertung und Zukunftserwartungen*, unter: www.kas.de/wf/doc/kas_20500-544-1-30.pdf?130423130024

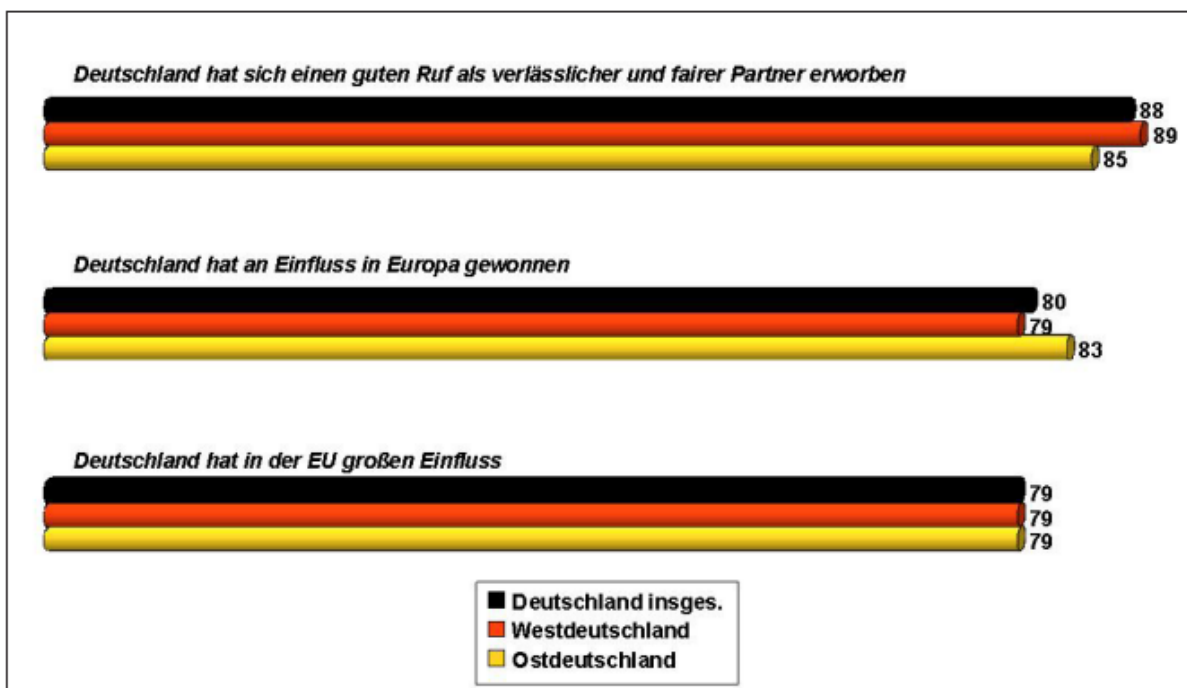
Beilage 16: Wovon hängt die Veränderung der persönlichen Situation ab?

Grafik 6: Wovon hängt Veränderung der persönlichen Situation vor allem ab?

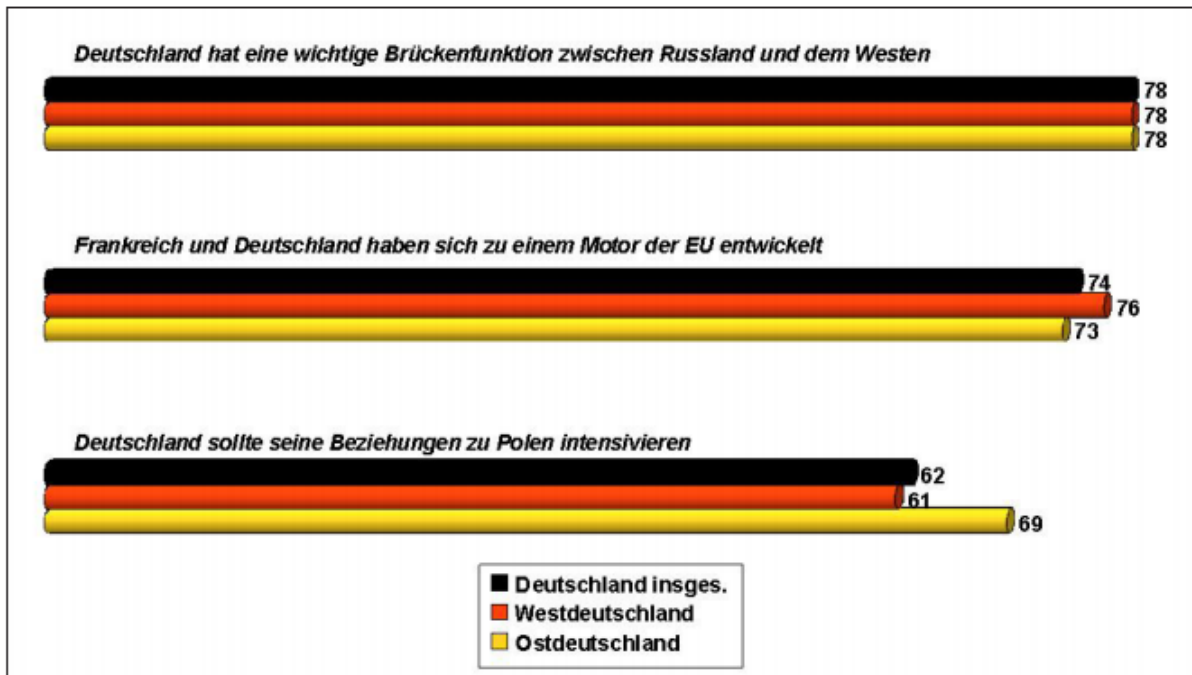


Quelle : Konrad Adenauer Stiftung : *Analysen & Argumente. 20 Jahre Wiedervereinigung Bewertung und Zukunftserwartungen*, unter: www.kas.de/wf/doc/kas_20500-544-1-30.pdf?130423130024

Beilage 17: Folgen der Wiedervereinigung für die Rolle Deutschlands in Europa 1/2



Quelle : Konrad Adenauer Stiftung : *Analysen & Argumente. 20 Jahre Wiedervereinigung Bewertung und Zukunftserwartungen*, unter: www.kas.de/wf/doc/kas_20500-544-1-30.pdf?130423130024

Beilage 18: Folgen der Wiedervereinigung für die Rolle Deutschlands in Europa 2/2

Quelle : Konrad Adenauer Stiftung : *Analysen & Argumente. 20 Jahre Wiedervereinigung Bewertung und Zukunftserwartungen*, unter: www.kas.de/wf/doc/kas_20500-544-1-30.pdf?130423130024

